NomosStudium

Schulze | Zoll

Europäisches Vertragsrecht

3. Auflage

Nomos

NomosStudium

Prof. Dr. Reiner Schulze | Prof. Dr. Fryderyk Zoll

Europäisches Vertragsrecht

3. Auflage

Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8487-5915-6 (Print)

ISBN 978-3-7489-0041-2 (ePDF)

3. Auflage 2021
© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

In den letzten Jahren haben sich auf vielen Gebieten die Konturen des europäischen Vertragsrechts gewandelt. Als Antwort auf die Herausforderungen der Digitalisierung hat seit dem Erscheinen der 2. Auflage dieses Werkes (deutsch 2017, englisch 2018) eine Reihe von Rechtsakten den vertragsrechtlichen *Acquis communautaire* beträchtlich erweitert und verändert (so die Digitale Inhalte-RL, die Warenkauf-RL, die Modernisierung-RL, die Plattform-VO, die Portabilität-VO und die Geoblocking-VO). Damit erstreckt sich das europäische Vertragsrecht nicht nur auf neue Materien, sondern wird auch durch neue Begriffe und Prinzipien geprägt (wie die Anerkennung von Daten als Gegenleistung, die Aktualisierungspflichten für digitale Inhalte oder die Klauselkontrolle im B–B-Bereich.). Auch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs hat sich im Bereich des Vertragsrechts erheblich fortentwickelt (insbesondere in Hinblick auf die Klauselkontrolle).

Eine neue Auflage des „europäischen Vertragsrechts" ist daher nicht nur wegen der starken Nachfrage in Wissenschaft, Praxis und Juristenausbildung nach einer derartigen Gesamtdarstellung und wissenschaftlichen Strukturierung des umfangreichen *Acquis communautaire* auf diesem Gebiet erforderlich geworden, sondern auch wegen der raschen und weitreichenden Fortentwicklung dieses Rechtsgebiets. Dementsprechend enthält die 3. Auflage in großem Umfang Neubearbeitungen und Ergänzungen gegenüber den Vorauflagen. Insbesondere die neu bearbeiteten Teile über die Konturen des europäischen Vertragsrechts in der Einleitung, über die Strukturelemente, über die bis vor einigen Vertragsklauseln und über die Leistungspflichten und Leistungsstörungen spiegeln die neuen Entwicklungen der europäischen Gesetzgebung und Rechtsprechung.

Mit der Berücksichtigung der Veränderungen, die in den letzten drei Jahren vor allem angesichts der neuen Herausforderungen durch die Digitalisierung für das Vertragsrecht eingetreten sind, verfolgt die neue Auflage weiter die Anliegen, die schon das Vorwort zur 1. Auflage genannt hat: Sie möchte Juristen aus Praxis, Studium und Wissenschaft an der fortdauernden Entwicklung des europäischen Vertragsrechts als eines zentralen Gebiets des Europäischen Privatrechts teilhaben lassen. Dazu vermittelt es grundlegende Informationen über die Inhalte, Methoden und Ziele der europäischen Gesetzgebung auf diesem Gebiet und erläutert das Zusammenspiel dieser Gesetzgebung mit der Rechtsprechung und Rechtswissenschaft im Entstehungs- und Entwicklungsprozess des europäischen Vertragsrechts. Insbesondere versucht es, die Eigenheiten dieses supranationalen Rechts und dessen innovative Züge gegenüber herkömmlichen Konzepten des Vertragsrechts aufzuzeigen. Sein Anliegen ist es dabei vor allem, Orientierung auf einem vielen Juristen wenig vertrauten Gebiet zu bieten und Verständnis für die Charakteristika einer neuen Rechtsentwicklung zu fördern.

Die neue Auflage ist wiederum aus ständigem Gedankenaustausch der beiden Autoren hervorgegangen. Auf dieser Grundlage hat Reiner Schulze die §§ 1; 3 II 1.-6., III; 5; 6, 8 und Fryderyk Zoll die §§ 2, 3 I, II 7., 4, 7 verfasst. Die Bearbeitung der Kapitel von Fryderyk Zoll war eingebettet in das Projekt „Made in Europe – europäische Rechtsstandards für die Qualität von Dienstleistungen, die unter unterschiedlichen Anforderungen des globalen Markts erbracht werden. Beispielhafte Lösungsansätze des an den Dienstleistungen orientierten Schuldrechts". Das Projekt wurde finanziert aus den Mitteln des Narodowy Centrum Nauki (Nationales Zentrum für Bildung), zuerkannt auf

Grundlage der Entscheidung Nr. DEC-2012/04/A/HS5/00709. Besonderen Dank schulden die Autoren darüber hinaus wiederum den wissenschaftlichen und studentischen Mitarbeitern, ohne deren verantwortungsbewusste und engagierte Unterstützung die neue Auflage nicht zustande gekommen wäre. Namentlich zu nennen sind hier Wojciech Bańczyk, Stephanie Pietrunko, Katarzyna Południak-Gierz, Konrad Schönberg sowie Dr. Jonathon Watson.

Im Oktober 2020 *Reiner Schulze/Fryderyk Zoll*

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis 15

Verzeichnis der abgekürzten Literatur 21

Entscheidungsregister 23

§ 1 Grundlagen 29
I. Einführung 29
1. Ausgangslage 29
2. Anliegen und Aufbau des Buchs 31
3. Quellen und Literatur 31
a) Quellen 31
b) Literatur 33
II. Vertragsrecht als Teil des Europäischen Privatrechts 34
1. Begriff des Europäischen Privatrechts 34
a) Übersicht 34
b) Begriffsvarianten 35
2. Dualismus von nationalem und supranationalem Recht 38
a) Entstehen 38
b) Eigenständigkeit der supranationalen Rechtsordnung 39
c) Wechselbeziehungen zwischen nationalem und supranationalem Recht 40
III. Vertragsrechtlicher Acquis communautaire 41
1. Regelungsformen 41
2. Primärrecht 41
3. Richtlinien 43
a) Entwicklung 43
b) Fragmentarischer Charakter 43
c) Mindest- und Vollharmonisierung 44
4. Übersicht: Wichtige Rechtsakte 46
a) Verbraucherschutz 46
b) Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) 49
c) Elektronischer Geschäftsverkehr 50
d) Zahlungsdienste 51
e) Diskriminierungsschutz 51
f) Versicherungsverträge 52
g) Weitere Regelungsbereiche 52
IV. Kohärenz des europäischen Vertragsrechts 53
1. Wissenschaftliche Ansätze 53
a) Principles of European Contract Law 53
b) Vorentwurf der Akademie Europäischer Privatrechtswissenschaftler 54
c) Allgemeines Vertragsrecht und Wirtschaftsrecht 54
d) Acquis-Prinzipien 55
2. Der Aktionsplan der Europäischen Kommission und Gemeinsamer Referenzrahmen 57
a) „Basisquellen“ eines kohärenteren europäischen Vertragsrechts 57

b) Entwurf für einen Gemeinsamen Referenzrahmen 58
3. Das GEK als Kodifikation 59
a) Konzept 59
b) Vorbereitung 60
c) Struktur und Anwendungsbereich 60
d) Kodifikationscharakter 61
e) Gesetzgebungsverfahren und Rücknahme 63
V. Ausrichtung auf den Digitalen Binnenmarkt 64
1. Übersicht 64
2. Die einzelnen Rechtsakte 65
a) Bereitstellung digitaler Inhalte und Dienstleistungen 65
b) Warenkauf 67
c) Modernisierungs-RL 68
d) Internet-Plattformen 69
3. Neue Konturen des Vertragsrechts 70

§ 2 Strukturelemente 75
I. Vertragsbegriff 75
1. Vertrag und Rechtsgeschäft 75
2. Vertrag als eine Willensübereinstimmung? 92
a) Vertrag und unbestellte Leistung 93
b) Zustandekommen des Vertrages als komplexer Prozess 96
3. Vertrag und Mitteilung 99
II. Vertragstypisierung im Acquis communautaire 105
1. Situationsabhängige Normenanknüpfung 105
a) Situation des Handelsvertreters 105
b) Teilzeitnutzungsverträge 106
c) Verbrauchsgüterkauf, Warenkauf und digitale Inhalte 107
d) Verbraucherkreditvertrag 113
2. Zuwachs an Vertragstypen im Acquis communautaire 113
III. Gemischte Verträge 120
IV. Vertragsfreiheit 127
1. Übersicht 127
2. Dispositives und zwingendes Recht 130
3. Klauselkontrolle als Grenze der Gestaltungsfreiheit 135
4. Treu und Glauben 137
5. Diskriminierungsschutz 144
a) Grundlagen 144
b) Diskriminierung wegen einer persönlichen Eigenschaft 145
c) Diskriminierung als Hindernis für das Funktionieren des Binnenmarktes 149
6. Status der Vertragsparteien 152
V. Verbraucher und andere schutzbedürftige Personen 153
1. Übersicht 153
2. Verbraucherbegriff im Acquis communautaire 155
3. Andere schutzbedürftige Parteien 161

§ 3 Zustandekommen und Inhalt des Vertrages 164
I. Vorvertragliche Pflichten 164
1. Übersicht 164
2. Vorvertragliche Pflichten rechtsvergleichender Perspektive 173
3. Vorvertragliche Pflichten und Treu und Glauben im Acquis Communautaire 174
4. Vorvertragliche Pflichten und Treu und Glauben im GEK 176
5. Vorvertragliche Pflichten und Treu und Glauben im DCFR 179
6. Vorvertragliche Haftung für die Verletzung von Pflichten aus dem Grundsatz von Treu und Glauben nach den Acquis-Prinzipien 180
7. Informationspflichten im Acquis communautaire 181
8. Zwischen vorvertraglichen Informationspflichten und dem Lauterkeitsrecht 183
9. Standardisierung der Erfüllung von Informationspflichten 183
10. Vorvertragliche Informationspflichten im GEK 183
11. Vorvertraglichen Informationspflichten in den Acquis-Prinzipien und im DCFR 185
12. Folgen der Verletzung von Informationspflichten 185
II. Vertragsschluss 187
1. Übersicht 187
a) Einführung 187
b) Acquis communautaire 187
c) Wissenschaftliche und legislative Entwürfe 189
2. Einigung 190
a) Grundsatz der Einigung 190
b) Erfordernisse im Einzelnen 191
c) Zusätzliche Erfordernisse? 193
3. Einzelne Arten des Vertragsschlusses 194
a) Vertragsschluss durch Angebot und Annahme 194
b) Vertragsschluss ohne Aufgliederung in Angebot und Annahme 199
c) Vertragsschluss durch Fernkommunikationsmittel 200
d) Abschluss von Verträgen mit Daten als Gegenleistung 202
4. Vorvertragliche öffentliche Erklärungen 204
a) Erklärungen einer Vertragspartei 204
b) Erklärungen Dritter 207
5. Einseitiges Versprechen 209
a) Bindende Wirkung 209
b) Schutz des einseitig Versprechenden 211
6. Unbestellte Waren und Dienstleistungen 211
a) Grundsatz 211
b) Funktionen 212
c) Voraussetzungen 213
d) Rechtswirkungen 213
7. Einigungsmängel 215
a) Alternatives Konzept des Schutzes der fehlerfreien Entscheidung? 215
b) Einigungsmängel im Acquis communautaire – die Korrektur von Eingabefehlern 217
c) Irrtum und Schutz gegen unlautere Geschäftspraktiken 219

d) Einigungsmängel im GEK 221
III. Widerruf 223
1. Übersicht 223
a) Einführung 223
b) Entstehen eines Allgemeinen Teils 225
2. Funktionen 225
a) Schutzfunktionen 225
b) Vertrauensbildungsfunktion 226
c) Einzelne Schutzsituationen 227
3. Rechtscharakter 229
a) Gestaltungsrecht 229
b) Kennzeichen gegenüber anderen Vertragslösungsrechten 230
c) Zwingender Charakter 231
4. Ausübung des Widerrufs 233
a) Mitteilung innerhalb der Widerrufsfrist 233
b) Absendungsprinzip 234
c) Information über das Widerrufsrecht 235
5. Wirkungen des Widerrufs 237
a) Rückabwicklungsregimes 237
b) Erlöschen der ursprünglichen Leistungspflichten 237
c) Verpflichtungen der Parteien nach Ausübung des Widerrufs 238
d) Dienstleistungsverträge und Verträge über digitale Inhalte 240
e) Akzessorische Verträge 241

§ 4 Missbräuchliche Vertragsklauseln 243
I. Übersicht 243
1. Recht der missbräuchlichen Klauseln als Kernbereich des Vertragsrechts 243
2. Missbräuchliche Klauseln nach der Klausel-RL 244
a) Struktur der Richtlinie 244
b) Prüfungsmaßstab der Generalklausel 245
c) Unterschiede zum deutschen Recht 246
d) Ansätze zur Fortentwicklung 246
3. Missbräuchliche Klauseln in den Acquis-Prinzipien und dem DCFR 248
4. Missbräuchliche Klauseln im GEK 248
II. Rechtsvergleichende Grundlagen 250
1. Entwicklung der Klauselkontrolle im deutschen Recht 250
2. Französisches System der Klauselkontrolle 252
3. Klauselkontrolle im angelsächsischen und skandinavischen System 252
III. Klausel-RL als Kompromisslösung 253
IV. Generalklausel der Richtlinie und ihre Konkretisierung durch die Liste der verbotenen Klauseln 254
V. Klauselkontrolle in der Zahlungsverzugs-RL 268
VI. Konzept der Klauselkontrolle in den Acquis-Prinzipien 270
VII. Konzept der Klauselkontrolle im DCFR 273
VIII. Streben nach einer Reform 275
IX. Scheitern der Klauselkontrolle in der Verbraucherrechte-RL 276
X. Klauselkontrolle im GEK 277

§ 5 Leistungspflichten 280
I. Übersicht 280
1. Fragmentarische Regelung 280
2. Entstehen einer allgemeinen Begrifflichkeit 281
a) ACQP und GEK 281
b) Gesetzgebung 282
3. Leistungspflicht und Erfüllungsanspruch 284
4. Leistungspflichten in Langzeitverträgen 284
II. Verpflichtung zur Leistung 286
1. Einführung 286
2. Lieferpflicht 287
3. Bereitstellungspflicht 287
4. Leistungsmodalitäten 289
a) Übersicht 289
b) Art und Ort der Leistung und Erfüllung 290
c) Zeit der Leistung 295
5. Gegenleistungspflichten 297
a) Schutz des Gläubigers der Gegenleistung 297
b) Schutz des Schuldners der Gegenleistung 298
c) Schutz des Bereitstellers personenbezogener Daten 298
d) Gegenleistungspflichten im GEK 300
III. Vertragsmäßigkeit 300
1. Grundzüge 300
2. Subjektive Anforderungen 303
3. Objektive Anforderungen 304
a) Eignung für den gewöhnlichen Gebrauch 304
b) Legitime Verbrauchererwartungen 305
c) Innovation 306
4. Aktualisierung 306
5. Montage 309
6. Integration in die digitale Umgebung 310
7. Rechte Dritter 311
8. Nicht digitale Dienstleistungen 312
IV. Änderung und Beendigung 313
1. Änderung 313
a) Übersicht 313
b) Änderung digitaler Inhalte oder Dienstleistungen 313
2. Beendigung 314
a) Übersicht 314
b) Kündigung 314
c) Acquis-Prinzipien, DCFR und GEK 316

§ 6 Leistungsstörungen 318
I. Einführung 318
1. Innovative Ansätze des Acquis communautaire 318
2. Ansätze zur Systematisierung 321
a) Kaufrechtlicher Acquis communautaire 321
b) Acquis-Prinzipien 321
c) Gemeinsames Europäisches Kaufrecht 322

d) Dienstleistungen 324
II. Haftung für Nichterfüllung 325
1. Übersicht 325
2. Struktur der Tatbestände 326
a) Konkurrierende Ansätze 326
b) Typisierte Pflichtverletzungen 326
c) Einheitlicher Tatbestand 328
d) Differenzierung zwischen Nichtleistung und Schlechtleistung 330
3. Maßgeblicher Zeitpunkt 333
4. Objektive Haftung 336
5. Beweislast 337
6. Einschränkung und Ausschluss der Haftung durch Rechtsnormen 340
a) Acquis communautaire 340
b) Wissenschaftliche Entwürfe und GEK 342
7. Vertraglicher Haftungsausschluss 343
a) Einschränkung und Ausschluss durch Vereinbarung 343
b) Übernahme der Haftung 344
III. Rechtsbehelfe des Gläubigers 345
1. Übersicht 345
2. Erfüllung 346
a) Grundlagen 346
b) Voraussetzungen und Ausschlussgründe 349
c) Besondere Arten der Erfüllung 352
d) Kostenfreiheit und Vermeidung erheblicher Unannehmlichkeiten 355
e) Rechtsfolgen 357
f) Recht der „zweiten Andienung“? 358
3. Zurückbehaltung 360
a) Acquis communautaire 360
b) Wissenschaftliche Entwürfe und GEK 361
4. Vertragsbeendigung 362
a) Übersicht 362
b) Beendigung nach Fristablauf 363
c) Weitere Beendigungstatbestände 366
d) Teilbeendigung 368
e) Mitteilung 369
f) Rechtsfolgen 369
5. Preisminderung 369
a) Übersicht 369
b) Voraussetzungen und Ausschlussgründe 371
c) Rechtsfolgen 372
d) GEK 372
6. Schadensersatz und Zinsen 373
a) Schadensersatz im Acquis communautaire 373
b) System des Schadensersatzes im GEK 375
c) Zinsen 380
IV. Rückabwicklung 384
1. Übersicht 384
a) Regelungsgegenstände 384

b) Entwicklung des Acquis communautaire 384
2. Grundregeln nach der Warenkauf-RL 385
3. Regelwerk der Digitale Inhalte-RL 385
a) Bedeutung 385
b) Erstattung des Preises 386
c) Anteiliger Erstattung bei Leistungen über einen Zeitraum 386
d) Rückgabe körperlicher Gegenstände 387
e) Nutzungsverbot und Nutzungssperre für Daten 387
f) Wiedererlangung von Daten 389
g) Ausgangspunkte für ein kohärentes Rückabwicklungsrecht 389
4. DCFR und GEK 390
V. Rückgriff 391

§ 7 Verjährung und Präklusion 394
I. Fragmentarische Regeln im Acquis communautaire 394
II. Entwurf einer umfassenden europäischen Regelung 398
III. Schlussfolgerungen 402

§ 8 Ausblick 403

Stichwortverzeichnis 407

Abkürzungsverzeichnis

aA	anderer Ansicht
aaO	am angegebenen Ort
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ACQP	Acquis-Prinzipien
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
aF	alte Fassung
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
Az.	Aktenzeichen
Bd.	Band
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
bzw.	beziehungsweise
CFR	Common Frame of Reference
c.i.c.	Culpa in contrahendo
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods
CMLR	Common Market Law Review
Datenschutz-GVO	Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)
DCFR	Draft Common Frame of Reference
ders.	derselbe
dh	das heißt
Dienstleistungs-RL	Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt
Dig.	Digesten
Digitale Inhalte-RL	Richtlinie (EU) 2019/770 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte der Bereitstellung digitaler Inhalte und digitaler Dienstleistungen
Drs.	Drucksache
ebd.	ebenda
E-Commerce-RL	Richtlinie 2000/31/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Juni 2000 über bestimmte rechtliche Aspekte der Dienste der Informationsgesellschaft, insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs, im Binnenmarkt
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung

ELI-Statement	Statement of the European Law Institute on the European Commission's. Proposed Directive in the Supply of Digital Content to Consumers, abrufbar unter: https://www.europeanlawinstitute.eu/fileadmin/user_upload/p_eli/Publications/ELI_Statement_on_DCD.pdf (zuletzt abgerufen am 20.8.2020)
endg.	endgültig
EP	Europäisches Parlament
ERCL	European Review of Contract Law
ERPL	European Review of Private Law
EU	Europäische Union
EuG	Europäisches Gericht
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
EZB	Europäische Zentralbank
f., ff.	folgende, fortfolgende
Fernabsatz-Finanzdienstleistungs-RL	Richtlinie 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. September 2002 über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen an Verbraucher und zur Änderung der Richtlinie 90/619 EWG des Rates und der Richtlinien 97/7 EG und 98/27 EG
Fernabsatz-RL	Richtlinie 97/7/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 1997 über den Verbraucherschutz bei Vertragsabschlüssen im Fernabsatz
Fn.	Fußnote
GA	Generalanwalt (EuGH)
GEK, GEK-E	Anhang I Gemeinsames Europäisches Kaufrecht zum Vorschlag der Kommission für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht
GEK-VO-E	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht
gem.	gemäß
Geoblocking-VO	Verordnung (EU) 2018/302 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 28. Februar 2018 über Maßnahmen gegen ungerechtfertigtes Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts und zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 2006/2004 und (EU) 2017/2394 sowie der Richtlinie 2009/22/EG
ggf.	gegebenenfalls
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GR-Charta	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
Handelsvertreter-RL	Richtlinie 86/653/EWG des Rates vom 18. Dezember 1986 zur Koordinierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die selbstständigen Handelsvertreter

Haustür-RL	Richtlinie 85/577/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 betreffend den Verbraucherschutz im Falle von außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen
hL	herrschende Lehre
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
HZ	Historische Zeitschrift
insbes.	insbesondere
iSd	im Sinne des
iSv	im Sinne von
iVm	in Verbindung mit
JR	Juristische Rundschau
JURI	Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments
JZ	JuristenZeitung
Kap.	Kapitel
Klausel-RL	Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über mißbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen
KMU	kleinere und mittlere Unternehmen
Kulturgüter-RL	Richtlinie 93/7/EWG des Rates vom 15. März 1993 über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats verbrachten Kulturgütern
lit.	littera
MMR	Zeitschrift MultiMedia und Recht
Modernisierungs-RL	Richtlinie (EU) 2019/2161 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. November 2019 zur Änderung der Richtlinie 93/13/EWG des Rates und der Richtlinien 98/6/EG, 2005/29/EG und 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates zur besseren Durchsetzung und Modernisierung der Verbraucherschutzvorschriften der Union
mwN	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
OR	Schweizerisches Obligationenrecht
Pauschalreise-RL	Richtlinie (EU) 2015/2302 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Pauschalreisen und verbundene Reiseleistungen, zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates sowie zur Aufhebung der Richtlinie 90/314/EWG des Rates
PECL	Principles of European Contract Law
Plattform-VO	Verordnung (EU) 2019/1150 des Europäischen Parlaments und Rates vom 20. Juli 2019 zur Förderung von Fairness und Transparenz für gewerbliche Nutzer von Online-Vermittlungsdienste
Portabilitäts-VO	Verordnung (EU) 2017/1128 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Juni 2017 zur grenzüberschreitenden Portabilität von Online-Inhaltediensten im Binnenmarkt
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht

Rahmen-RL zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf	Richtlinie 2000/78/EG des Rates vom 27. November 2000 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Verwirklichung der Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf
RIDC	Revue internationale de droit comparé
Riv.Dir.Civ.	Rivista di Dirritto Civile
RL	Richtlinie
RL gegen Diskriminierungen aus Gründen der Rasse oder der ethnischen Herkunft	Richtlinie 2000/43/EG des Rates vom 29. Juni 2000 zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft
RL gegen Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts	Richtlinie 2004/113/EG des Rates vom 13. Dezember 2004 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen
RL über die alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten	Richtlinie 2013/11/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über die alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 und der Richtlinie 2009/22/EG.
RL über unlautere Geschäftspraktiken	Richtlinie 2005/29/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Mai 2005 über unlautere Geschäftspraktiken im binnenmarktinternen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern und zur Änderung der Richtlinie 84/450/EWG des Rates, der Richtlinien 97/7/EG, 98/27/EG und 2002/65/EG des Europäischen Parlaments und des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 2006/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates
RL zur Gleichbehandlung von Männern und Frauen im Beruf	Richtlinie 2006/54/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juli 2006 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Arbeits- und Beschäftigungsfragen
Rn.	Randnummer
Rs	Rechtssache
S.	Seite
Signatur-RL	Richtlinie 1999/93/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 1999 über gemeinschaftliche Rahmenbedingungen für elektronische Signaturen
Slg	Sammlung
Solvabilität II-RL	Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit
sog	sogenannt/so genannt
Spiegelstr.	Spiegelstrich
Stellungnahme EP vom 26.2.2014	Die am 26. Februar 2014 durch das Europäische Parlament angenommene Fassung des Vorschlags der Kommission für ein gemeinsames Europäisches Kaufrecht KOM(2011) 635 endg., P7_TA-PROV(2014)02–26 (vorläufige Ausgabe)

Teilzeitnutzungs-RL	Richtlinie 2008/122/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Januar 2009 über den Schutz der Verbraucher im Hinblick auf bestimmte Aspekte von Teilzeitnutzungsverträgen, Verträgen über langfristige Urlaubsprodukte sowie Wiederverkaufs- und Tauschverträgen zur Aufhebung der RL 94/47/EG
ua	unter anderem
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UNIDROIT Prinzipien	UNIDROIT Principles of international commercial contracts
Unterabs.	Unterabsatz
usw	und so weiter
v.	von/vom; versus
Verbraucherkredit-RL	Richtlinie 2008/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2008 über Verbraucherkreditverträge und zur Aufhebung der Richtlinie 87/102/EWG des Rates
Verbraucherrechte-RL	Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher
Verbrauchsgüterkauf-RL	Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 1999 zu bestimmten Aspekten des Verbrauchsgüterkaufs und der Garantien für Verbrauchsgüter
Versicherungsvertriebs-RL	Richtlinie (EU) 2016/97 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Januar 2016 über Versicherungsvertrieb (Neufassung)
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VO über Online-Streitbeilegung	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Online-Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten (Verordnung über Online-Streitbeilegung), KOM(2011) 794 endg.
Vorb.	Vorbemerkung
VUWLR	Victoria University of Wellington Law Review
Warenkauf-RK	Richtlinie (EU) 2019/771 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte des Warenkaufs, zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2394 und der Richtlinie 2009/22/EG sowie zur Aufhebung der Richtlinie 1999/44/EG
WM	Wertpapiermitteilungen, Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankenrecht
Wohnimmobilienkredit-RL	Richtlinie 2014/17/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Februar 2014 über Wohnimmobilienkreditverträge für Verbraucher und zur Änderung der Richtlinien 2008/48/EG und 2013/36/EU und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010

Zahlungsdienste-RL	Richtlinie (EU) 2015/2366 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2015 über Zahlungsdienste im Binnenmarkt, zur Änderung der Richtlinien 2002/65/EG, 2009/110/EG und 2013/36/EG und der Verordnung (EU) Nr. 1093/2010 sowie zur Aufhebung der Richtlinie 2007/64/EG
Zahlungsverzugs-RL	Richtlinie 2011/7/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Bekämpfung des Zahlungsverzugs im Geschäftsverkehr
Zahlungsverzugs-RL 2000	Richtlinie 2000/35/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 29. Juni 2000 zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr
zB	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
Ziff.	Ziffer
ZHR	Zeitschrift für das Gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik

Verzeichnis der abgekürzten Literatur

Basedow/Hopt/Zimmermann, Handwörterbuch des Europäischen Privatrechts, 2009 (*zitiert:* Handwörterbuch, 2009)

Eidenmüller/Faust/Grigoleit/Jansen/Wagner/Zimmermann, Revision des Verbraucher-*acquis,* 2011 (*zitiert:* Eidenmüller ua*,* Revision des Verbraucher-*acquis*)

European Research Group on Existing EC Private Law (Acquis Group), Principles of the Existing EC Contract Law (Acquis Principles) Contract II, 2009 (*zitiert:* Acquis Group/Bearbeiter, Contract II)

Heiderhoff, Europäisches Privatrecht, 5. Aufl. 2020 (*zitiert:* Heiderhoff, Europäisches Privatrecht)

Howells/Ramsay/Wilhelmson (Hrsg.), Handbook of Research on International Consumer Law, 2. Aufl. 2018 (*zitiert:* Howells ua*,* Handbook of Research on International Consumer Law)

Jansen/Zimmermann (Hrsg.), Commentaries on European Contract Laws, 2018 (*zitiert: Jansen/Zimmermann/Bearbeiter, Commentaries on European Contract Laws*)

Lando/Beale (Hrsg.), Principles of European Contract Law, Parts I & II, 2000 (*zitiert:* Lando/Beale, PECL Parts I and II)

Lando/Clive/Prüm/Zimmermann (Hrsg.), Principles of European Contract Law, Parts III, 2003 (*zitiert:* Lando/Clive/Prüm/Zimmermann, PECL, Part III, 2003)

Martinek/Semler/Flohr, Handbuch des Vertriebsrechts, 4. Aufl. 2016 (*zitiert:* Martinek/Semler/Flohr, Handbuch des Vertriebsrechts)

Riesenhuber, EU-Vertragsrecht, 2013 (*zitiert:* Riesenhuber, EU-Vertragsrecht)

Säcker/Rixecker, Münchener Kommentar, 8. Aufl. 2019 (*zitiert*: MüKoBGB/Bearbeiter)

Schmidt-Kessel, Der Entwurf für ein Gemeinsames europäisches Kaufrecht, Kommentar 2014 (*zitiert:* Schmidt-Kessel/Bearbeiter, GEK-E Kommentar)

Schulte-Nölke/Zoll/Jansen/Schulze (Hrsg.), Der Entwurf für ein optionales europäisches Kaufrecht, 2012 (*zitiert:* Schulte-Nölke ua*,* Der Entwurf für ein optionales europäisches Kaufrecht)

Schulze (Hrsg.), Common European Sales Law (CESL) Commentary, 2012 (*zitiert:* Schulze/Bearbeiter, CESL Commentary)

Schulze (Hrsg.), Common Frame of Reference and Existing EC Contract Law, 2. Aufl. 2009 (*zitiert:* Schulze, CFR and Existing EC Contract Law)

Schulze/Dörner/Ebert/Hoeren/Kemper/Saenger/Schreiber/Schulte-Nölke/Staudinger, Handkommentar BGB, 10. Aufl. 2019 (*zitiert:* HK-BGB/Bearbeiter)

Schulze/Janssen/Kadelbach, Europarecht – Handbuch für die deutsche Rechtspraxis, 4. Aufl. 2020 (*zitiert: Schulze/Janssen/Kadelbach, Europarecht*)

Schulze/Schulte-Nölke (Hrsg.), European Private Law – Current Status and Perspectives, 2011 (*zitiert:* Schulze/Schulte-Nölke, European Private Law)

Schulze/Staudenmayer (Hrsg.), EU Digital Law – Commentary, 2020 (*zitiert*: Schulze/Staudenmayer/Bearbeiter, EU Digital Law)

Schulze/Zimmermann, Europäisches Privatrecht Basistexte, 6. Aufl. 2020 (*zitiert:* Schulze/Zimmermann, Basistexte)

Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, (*zitiert:* Staudinger/Bearbeiter, BGB, Jahr)

Staudinger, Wiener UN-Kaufrecht (CISG), 2013 (*zitiert:* Staudinger/Bearbeiter, CISG)

Twigg-Flesner, The Cambridge Companion to European Union Private Law, 2010 (*zitiert:* Twigg-Flesner, European Union Private Law)

von Bar/Clive (Hrsg.), Principles, Definitions and Model Rules of European Private Law, Draft Common Frame of Reference DCFR (Full Edition), 2009 (*zitiert:* v. Bar/Clive, DCFR Full Edition)

Wolf/Lindacher/Pfeiffer (Hrsg.), AGB-Recht, Kommentar, 6. Aufl. 2013 (*zitiert*: Wolf/Lindacher/Pfeiffer/Bearbeiter, AGB-Recht)

Entscheidungsregister

Entscheidung	§ Rn.
EuGH	
Urteil v. 15.7.1964, Rs 6/64 (Costa/E.N.E.L.) ECLI:EU:1964:66	1 Rn. 25
Urteil v. 17.12.1970, Rs 11/70 (Internationale Handelsgesellschaften) ECLI:EU:C:1970:114	1 Rn. 25
Urteil v. 9.3.1978, Rs 106/77 (Simmenthal II) ECLI:EU:C:1978:49	1 Rn. 25
Urteil v. 29.4.1982, Rs 66/81 (Pommerehnke) ECLI:EU:C:1982:130	1 Rn. 25
Urteil v. 17.6.1992, Rs C-26/91 (Handte/TMCS) ECLI:EU:C:1982:130	1 Rn. 30
Urteil v. 14.7.1994, Rs C-91/92 (Faccini Dori) ECLI:EU:C:1994:292	3 Rn. 126
Urteil v. 3.7.1997, Rs C-269/95 (Benincasa) ECLI:EU:C:1997:337	1 Rn. 48
Urteil v. 17.3.1998, Rs C-45/96 (Dietzinger) ECLI:EU:C:1998:11	2 Rn. 92
Urteil v. 27.10.1998, Rs C-51/97 (Réunion européenne ua) ECLI:EU:C:1998:509	1 Rn. 30
Urteil v. 17.12.1998, Rs T-203/96 (Embassy Limousines) ECLI:EU:T:1998:302	3 Rn. 30
Urteil v. 27.6.2000, verbundene Rs C-240/98–244/98 (Océano) ECLI:EU:C:2000:346	4 Rn. 9
Urteil v. 27.6.2000, verbundene Rs C-240/98–244/98 (Océano) ECLI:EU:C:2000:346	4 Rn. 30 ff.
Urteil v. 27.6.2000, verbundene Rs C-240/98–244/98 (Océano) ECLI:EU:C:2000:346	4 Rn. 56
Urteil v. 27.6.2000, verbundene Rs C-240/98–244/98 (Océano) ECLI:EU:C:2000:346	4 Rn. 72
Urteil v. 10.5.2001, Rs C-203/99 (Veedfald) ECLI:EU:C:2001:258	6 Rn. 107
Urteil v. 13.9.2001, verbundene Rs C-54/17 und C-55/17 (Wind Tre) ECLI:EU:C:2018:710	3 Rn. 94
Urteil v. 13.12.2001, Rs C-481/99 (Heininger) ECLI:EU:C:2001:684	3 Rn. 45
Urteil v. 13.12.2001, Rs C-481/99 (Heininger) ECLI:EU:C:2001:684	3 Rn. 141
Urteil v. 12.3.2002, Rs C-168/00 (Leitner) ECLI:EU:C:2002:163	1 Rn. 37
Urteil v. 12.3.2002, Rs C-168/00 (Leitner) ECLI:EU:C:2002:163	6 Rn. 107
Urteil v. 12.3.2002, Rs C-168/00 (Leitner) ECLI:EU:C:2002:163	6 Rn. 114
Urteil v. 30.4.2002, Rs C-400/00 (Club-Tour) ECLI:EU:C:2015:538	1 Rn. 37
Urteil v. 30.4.2002, Rs C-400/00 (Club-Tour) ECLI:EU:C:2015:538	5 Rn. 5
Urteil v. 7.5.2002, Rs C-478/99 (Kommission/ Schweden) ECLI:EU:C:2002:281	4 Rn. 27
Urteil v. 11.7.2002, Rs C-96/00 (Gabriel) ECLI:EU:C:2002:436	1 Rn. 48
Urteil v. 11.7.2002, Rs C-96/00 (Gabriel) ECLI:EU:C:2002:436	3 Rn. 64
Urteil v. 1.4.2004, Rs C-237/02 (Freiburger Kommunalbauten) ECLI:EU:C:2004:209	4 Rn. 9
Urteil v. 1.4.2004, Rs C-237/02 (Freiburger Kommunalbauten) ECLI:EU:C:2004:209	4 Rn. 33 f.
Urteil v. 9.9.2004, Rs C-70/03 (Kommission/Spanien) ECLI:EU:C:2004:505	4 Rn. 46
Urteil v. 20.1.2005, Rs C-464/01 (Gruber) ECLI:EU:C:2005:32	2 Rn. 166
Urteil v. 10.3.2005, Rs C-336/03 (easyCar) ECLI:EU:C:2005:150	1 Rn. 31
Urteil v. 22.11.2005, Rs C-144/04 (Mangold) ECLI:EU:C:2005:709	1 Rn. 31
Urteil v. 22.11.2005, Rs C-144/04 (Mangold) ECLI:EU:C:2005:709	2 Rn. 152
Urteil v. 13.7.2006, Rs C-295/04 (Manfredi) ECLI:EU:C:2006:461	6 Rn. 107
Urteil v. 26.10.2006, Rs C-168/05 (Mostaza Claro) ECLI:EU:C:2006:675	4 Rn. 57

Urteil v. 3.4.2008, Rs C-306/06 (01051 Telekom) ECLI:EU:C:2008:187 — 1 Rn. 38
Urteil v. 3.4.2008, Rs C-306/06 (01051 Telekom) ECLI:EU:C:2008:187 — 6 Rn. 121
Urteil v. 10.4.2008, Rs C-412/06 (Hamilton) ECLI:EU:C:2008:215 — 3 Rn. 45
Urteil v. 17.4.2008, Rs C-404/06 (Quelle) ECLI:EU:C:2008:31 — 1 Rn. 37
Urteil v. 17.4.2008, Rs C-404/06 (Quelle) ECLI:EU:C:2008:31 — 6 Rn. 71
Urteil v. 23.9.2008, Rs C-427/06 (Bartsch) ECLI:EU:C:2008:517 — 1 Rn. 31
Urteil v. 16.10.2008, Rs C-298/07 (deutsche internet versicherung) ECLI:EU:C:2008:572 — 1 Rn. 39
Urteil v. 14.5.2009, Rs C-180/06 (Ilsinger) ECLI:EU:C:2009:303 — 3 Rn. 65
Urteil v. 4.6.2009, Rs C-243/08 (Pannon GSM) ECLI:EU:C:2009:350 — 4 Rn. 36 f.
Schlussantrag v. 18.2.2009, Rs C-489/07 (Messner) ECLI:EU:C:2009:98 — 3 Rn. 145
Urteil v. 3.9.2009, Rs C-489/07 (Messner) ECLI:EU:C:2009:502 — 2 Rn. 139
Urteil v. 3.9.2009, Rs C-489/07 (Messner) ECLI:EU:C:2009:502 — 3 Rn. 145 ff.
Urteil v. 6.10.2009, Rs C-40/08 (Asturcom Telecomunicaciones) ECLI:EU:C:2009:615 — 4 Rn. 58
Urteil v. 19.1.2010, Rs C-555/07 (Kücükdeveci) ECLI:EU:C:2010:21 — 1 Rn. 31
Urteil v. 15.4.2010, Rs C-511/08 (Heinrich Heine) ECLI:EU:C:2010:189 — 3 Rn. 145
Urteil v. 20.5.2010, Rs C 434/07 (Harms) ECLI:EU:C:2010:285 — 1 Rn. 30
Urteil v. 28.10.2010, Rs C-203/09 (Volvo Car Germany) ECLI:EU:C:2010:647 — 1 Rn. 38
Urteil v. 16.11.2010, Rs C-76/10 (Pohotovosť) ECLI:EU:C:2010:65 — 1 Rn. 37
Urteil v. 7.12.2010, Rs C-585/08 (Pammer und Hotel Alpenhof) ECLI:EU:C:2010:740 — 1 Rn. 37
Urteil v. 1.3.2011, Rs C-236/09 (Association Belge des Consommateurs Test-Achats ua) ECLI:EU:C:2011:100 — 1 Rn. 41
Urteil v. 10.5.2011, Rs C-147/08 (Römer) ECLI:EU:C:2011:286 — 1 Rn. 31
Urteil v. 16.6.2011, Rs C-65/09 verbunden mit C-87/09 (Weber/Putz) ECLI:EU:C:2011:396 — 1 Rn. 37
Urteil v. 16.6.2011, Rs C-65/09 verbunden mit C-87/09 (Weber/Putz) ECLI:EU:C:2011:396 — 6 Rn. 61
Urteil v. 16.6.2011, Rs C-65/09 verbunden mit C-87/09 (Weber/Putz) ECLI:EU:C:2011:396 — 6 Rn. 70
Urteil v. 16.2.2012, Rs C-360/10 (SABAM) ECLI:EU:C:2012:85 — 1 Rn. 39
Urteil v. 15.3.2012, Rs C-292/10 (G) ECLI:EU:C:2010:142 — 1 Rn. 39
Urteil v. 15.3.2012, Rs C-453/10 (Pereničová) ECLI:EU:C:2012:144 — 1 Rn. 37
Urteil v. 15.3.2012, Rs C-453/10 (Pereničová) ECLI:EU:C:2012:144 — 4 Rn. 52
Urteil v. 19.4.2012, Rs C-415/10 (Meister) ECLI:EU:C:2012:217 — 1 Rn. 41
Urteil v. 26.4.2012, Rs C-472/10 (Invitel) ECLI:EU:C:2012:242 — 1 Rn. 36 ff.
Urteil v. 26.4.2012, Rs C-472/10 (Invitel) ECLI:EU:C:2012:242 — 4 Rn. 60
Urteil v. 14.6.2012, Rs C-608/10 (Banco Español de Crédito) ECLI:EU:C:2012:349 — 1 Rn. 37
Urteil v. 14.6.2012, Rs C-608/10 (Banco Español de Crédito) ECLI:EU:C:2012:349 — 4 Rn. 50
Urteil v. 5.7.2012, Rs C-49/11 (Content Services) ECLI:EU:C:2012:419 — 2 Rn. 64
Urteil v. 5.7.2012, Rs C-49/11 (Content Services) ECLI:EU:C:2012:419 — 3 Rn. 76
Urteil v. 5.7.2012, Rs C-49/11 (Content Services) ECLI:EU:C:2012:419 — 3 Rn. 140 f.

Urteil v. 12.7.2012, Rs C-602/10 (SC Volksbank România) ECLI:EU:C:2012:443 1 Rn. 37
Urteil v. 22.1.2013, Rs C-283/11 (Sky Österreich) ECLI:EU:C:2013:28 1 Rn. 30
Urteil v. 11.4.2013, Rs C-335/11 (HK Danmark) ECLI:EU:C:2013:222 1 Rn. 41
Urteil v. 11.7.2013, Rs C-57/12 (Femarbel) ECLI:EU:C:2013:517 1 Rn. 43
Schlussantrag v. 28.2.2013, Rs C-32/12 (Duarte Hueros) ECLI:EU:C:2013:128 6 Rn. 86
Urteil v. 3.10.2013, Rs C-32/12 (Duarte Hueros) ECLI:EU:C:2013:637 1 Rn. 37
Urteil v. 3.10.2013, Rs C-32/12 (Duarte Hueros) ECLI:EU:C:2013:637 6 Rn. 86
Urteil v. 17.10.2013, Rs C-184/12 (Unamar) ECLI:EU:C:2013:663 1 Rn. 38
Urteil v. 17.10.2013, Rs C-555/11 (EEAE ua) ECLI:EU:C:2013:668 1 Rn. 38
Urteil v. 12.12.2013, Rs C-361/12 (Carratù) ECLI:EU:C:2013:830 1 Rn. 41
Urteil v. 19.12.2013, Rs C-209/12 (Endress) ECLI:EU:C:2013:864 1 Rn. 42
Urteil v. 27.3.2014, Rs C-565/12 (Crédit Lyonnais) ECLI:EU:C:2014:190 1 Rn. 37
Urteil v. 30.4.2014, Rs C-26/13 (Kásler) ECLI:EU:C:2014:282 1 Rn. 37
Urteil v. 30.4.2014, Rs C-26/13 (Kásler) ECLI:EU:C:2014:282 4 Rn. 41
Urteil v. 30.4.2014, Rs C-26/13 (Kásler) ECLI:EU:C:2014:282 4 Rn. 43
Urteil v. 30.4.2014, Rs C-26/13 (Kásler) ECLI:EU:C:2014:282 4 Rn. 50
Urteil v. 18.12.2014, Rs C-449/13 (Consumer Finance) ECLI:EU:C:2014:2464 1 Rn. 37
Urteil v. 15.1.2015, Rs C-537/13 (Šiba) ECLI:EU:C:2015:14 1 Rn. 37
Urteil v. 15.1.2015, Rs C-537/13 (Šiba) ECLI:EU:C:2015:14 2 Rn. 167
Urteil v. 26.2.2015, Rs C-143/13 (Matei) ECLI:EU:C:2015:127 1 Rn. 37
Urteil v. 23.4.2015, Rs C-96/14 (Van Hove) ECLI:EU:C:2015:262 1 Rn. 37
Urteil v. 23.4.2015, Rs C-96/14 (Van Hove) ECLI:EU:C:2015:262 2 Rn. 34
Urteil v. 29.4.2015, Rs C-51/13 (Nationale-Nederlanden Levensverzekering Mij) ECLI:EU:C:2015:286 1 Rn. 42
Urteil v. 17.5.2015, Rs C-48/17 (ERGO Poist'ovňa) ECLI:EU:C:2017:377 1 Rn. 38
Urteil v. 17.5.2015, Rs C-48/17 (ERGO Poist'ovňa) ECLI:EU:C:2017:377 6 Rn. 43
Urteil v. 4.6.2015, Rs C-497/13 (Faber) ECLI:EU:C:2015:357 1 Rn. 37
Urteil v. 4.6.2015, Rs C-497/13 (Faber) ECLI:EU:C:2015:357 2 Rn. 169
Urteil v. 4.6.2015, Rs C-497/13 (Faber) ECLI:EU:C:2015:357 6 Rn. 34
Urteil v. 16.7.2015, Rs. C-83/14 (CEZ Razpredelenie Bulgaria) ECLI:EU:C:2015:480 1 Rn. 41
Urteil v. 16.7.2015, Rs. C-83/14 (CEZ Razpredelenie Bulgaria) ECLI:EU:C:2015:480 2 Rn. 156
Urteil v. 3.9.2015, Rs C-110/14 (Costea) ECLI:EU:C:2015:538 1 Rn. 37
Urteil v. 3.9.2015, Rs C-110/14 (Costea) ECLI:EU:C:2015:538 2 Rn. 168
Urteil v. 3.12.2015, Rs C-338/14 (Quenon) ECLI:EU:C:2015:795 1 Rn. 38
Urteil v. 21.4.2016, Rs C-377/14 (Radlinger) ECLI:EU:C:2016:283 1 Rn. 37
Urteil v. 15.9.2016, Rs C-484/14 (McFadden) ECLI:EU:C:2016:689 1 Rn. 39
Beschluss v. 12.10.2016, Rs C-511/15 verbunden mit C-512/15 (Horžić) ECLI:EU:C:2016:787 1 Rn. 37
Urteil v. 9.11.2016, Rs C-42/15 (Home Credit Slovakia) ECLI:EU:C:2016:842 1 Rn. 37
Urteil v. 9.11.2016, Rs C-149/15 (Whatelet) ECLI:EU:C:2016:840 1 Rn. 37
Urteil v. 9.11.2016, Rs C-149/15 (Whatelet) ECLI:EU:C:2016:840 2 Rn. 170
Urteil v. 9.11.2016, Rs C-149/15 (Whatelet) ECLI:EU:C:2016:840 2 Rn. 9
Urteil v. 8.12.2016, Rs C-127/15 (Verein für Konsumenteninformation) ECLI:EU:C:2016:934 1 Rn. 37

Urteil v. 16.2.2017, Rs C-555/14 (IOS Finance) ECLI:EU:C:2017:121 1 Rn. 38
Urteil v. 2.3.2017, Rs C-568/15 (Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs Frankfurt am Main) ECLI:EU:C:2017:154 1 Rn. 37
Urteil v. 6.4.2017, Rs C-668/15 (Jyske Finans) ECLI:EU:C:2017:27 1 Rn. 41
Urteil v. 6.4.2017, Rs C-668/15 (Jyske Finans) ECLI:EU:C:2017:27 2 Rn. 155
Urteil v. 13.7.2017, Rs C-133/16 (Ferenschild) ECLI:EU:C:2017:541 1 Rn. 37
Urteil v. 13.7.2017, Rs C-133/16 (Ferenschild) ECLI:EU:C:2017:541 6 Rn. 46
Urteil v. 19.7.2017, Rs C-143/16 (Abercrombie & Fitch Italia) ECLI:EU:C:2017:566 1 Rn. 41
Urteil v. 7.9.2017, Rs C-247/16 (Schottelius) ECLI:EU:C:2017:638 1 Rn. 37
Urteil v. 7.9.2017, Rs C-247/16 (Schottelius) ECLI:EU:C:2017:638 2 Rn. 75
Urteil v. 7.9.2017, Rs C-247/16 (Schottelius) ECLI:EU:C:2017:638 5 Rn. 9
Urteil v. 20.12.2017, Rs C-434/15 (Asociación Profesional Elite Taxi) ECLI:EU:C:2017:981 1 Rn. 39
Urteil v. 20.12.2017, Rs C-434/15 (Asociación Profesional Elite Taxi) ECLI:EU:C:2017:981 1 Rn. 43
Urteil v. 18.1.2018, Rs C-270/16 (Ruiz Conejero) ECLI:EU:C:2018:17 1 Rn. 41
Urteil v. 30.1.2018, Rs C-360/15 (X) ECLI:EU:C:2018:44 1 Rn. 43
Urteil v. 7.2.2018, Rs C-643/16 (American Express) ECLI:EU:C:2018:67 1 Rn. 40
Urteil v. 10.4.2018, Rs C-320/16 (Uber France) ECLI:EU:C:2018:221 1 Rn. 43
Urteil v. 19.4.2018, Rs C-645/16 (CMR) ECLI:EU:C:2018:262 1 Rn. 38
Urteil v. 31.5.2018, Rs C-542/16 (Länsförsäkringar Sak Försäkringsaktiebolag and Others) ECLI:EU:C:2018:369 1 Rn. 38
Urteil v. 7.8.2018, Rs C-485/17 (Verbraucherzentrale Berlin) ECLI:EU:C:2018:642 1 Rn. 37
Urteil v. 7.8.2018, Rs C-485/17 (Verbraucherzentrale Berlin) ECLI:EU:C:2018:642 3 Rn. 125 f.
Urteil v. 7.8.2018, Rs C-521/17 (SNB-React) ECLI:EU:C:2018:639 1 Rn. 39
Urteil v. 13.9.2018, Rs C-287/17 (Česká pojišťovna) ECLI:EU:C:2018:707 1 Rn. 38
Urteil v. 13.9.2018, Rs C-287/17 (Česká pojišťovna) ECLI:EU:C:2018:707 1 Rn. 121
Urteil v. 13.9.2018, Rs C-332/17 (Starman) ECLI:EU:C:2018:721 1 Rn. 37
Urteil v. 21.9.2018, Rs C-452/17 (Zako) ECLI:EU:C:2018:935 1 Rn. 38
Urteil v. 4.10.2018, Rs C-105/17 (Kamenova) ECLI:EU:C:2018:808 1 Rn. 37
Urteil v. 6.12.2018, Rs C-292/18 (Breyer) ECLI:EU:C:2018:997 1 Rn. 37
Urteil v. 23.1.2019, Rs C-430/17 (Walbusch Walter Busch) ECLI:EU:C:2019:47 1 Rn. 37
Urteil v. 23.1.2019, Rs C-430/17 (Walbusch Walter Busch) ECLI:EU:C:2019:47 2 Rn. 66
Urteil v. 23.1.2019, Rs C-430/17 (Walbusch Walter Busch) ECLI:EU:C:2019:47 3 Rn. 76
Urteil v. 23.1.2019, Rs C-430/17 (Walbusch Walter Busch) ECLI:EU:C:2019:47 3 Rn. 140
Urteil v. 14.2.2019, Rs C-154/18 (Horgan u. Keegan) ECLI:EU:C:2019:113 1 Rn. 41
Urteil v. 27.3.2019, Rs C-681/17 (slewo) ECLI:EU:C:2019:225 1 Rn. 37
Urteil v. 27.3.2019, Rs C-681/17 (slewo) ECLI:EU:C:2019:225 3 Rn. 127
Urteil v. 27.3.2019, Rs C-681/17 (slewo) ECLI:EU:C:2019:225 3 Rn. 146
Beschluss v. 11.4.2019, Rs C-131/18 (Gambietz) ECLI:EU:C:2019:306 1 Rn. 38
Urteil v. 11.4.2019, Rs C-473/17 verbunden mit C-546/17 (Repsol Butan) ECLI:EU:C:2019:308 1 Rn. 43

Urteil v. 23.5.2019, Rs C-52/18 (Fülla) ECLI:EU:C:2019:447 1 Rn. 37
Urteil v. 23.5.2019, Rs C-52/18 (Fülla) ECLI:EU:C:2019:447 6 Rn. 65
Urteil v. 23.5.2019, Rs C-52/18 (Fülla) ECLI:EU:C:2019:447 6 Rn. 68 f.
Urteil v. 6.6.2019, Rs C-58/18 (Schyns) ECLI:EU:C:2019:467 1 Rn. 37
Urteil v. 10.7.2019, Rs C-649/17 (Amazon EU) ECLI:EU:C:2019:576 1 Rn. 37
Urteil v. 5.9.2019, Rs C-331/18 (Pohotovost´) ECLI:EU:C:2019:665 1 Rn. 37
Urteil v. 11.9.2019, Rs C-143/18 (Romano) ECLI:EU:C:2019:701 1 Rn. 37
Urteil v. 11.9.2019, Rs C-143/18 (Romano) ECLI:EU:C:2019:701 2 Rn. 67
Urteil v. 11.9.2019, Rs C-383/18 (Lexitor) ECLI:EU:C:2019:702 1 Rn. 37
Urteil v. 11.9.2019, Rs C-397/18 (Nobel Plastiques Ibérica) ECLI:EU:C:2019:703 1 Rn. 41
Urteil v. 10.7.2019, Rs C-163/18 (Aegean Airlines) ECLI:EU:C:2019:585 1 Rn. 37
Urteil v. 3.10.2019, Rs C-18/18 (Glawischnig-Piesczek) ECLI:EU:C:2019:821 1 Rn. 39
Urteil v. 3.10.2019, Rs C-260/18 (Dziubak) ECLI:EU:C:2019:819 1 Rn. 37
Urteil v. 3.10.2019, Rs C-260/18 (Dziubak) ECLI:EU:C:2019:819 4 Rn. 48
Urteil v. 3.10.2019, Rs C-260/18 (Dziubak) ECLI:EU:C:2019:819 4 Rn. 53
Urteil v. 7.11.2019, Rs C-290/19 (Home Credit Slovakia) ECLI:EU:C:2019:1130 1 Rn. 37
Urteil des EuGH v. 7.11.2019, Rs C-349/18 (Kanyeba) ECLI:EU:C:2019:936 2 Rn. 49
Urteil v. 5.12.2019, Rs C-708/17 verbunden mit C-725/17 (EVN Bulgaria Toplofikatsia) ECLI:EU:C:2019:1049 1 Rn. 37
Urteil v. 5.12.2019, Rs C-708/17 verbunden mit C-725/17 (EVN Bulgaria Toplofikatsia) ECLI:EU:C:2019:1049 2 Rn. 42
Urteil v. 5.12.2019, Rs C-708/17 verbunden mit C-725/17 (EVN Bulgaria Toplofikatsia) ECLI:EU:C:2019:1049 3 Rn. 92
Beschluss v. 17.12.2019, Rs C-465/19 (B&L Elektrogeräte) ECLI:EU:C:2019:1091 1 Rn. 37
Beschluss v. 17.12.2019, Rs C-465/19 (B&L Elektrogeräte) ECLI:EU:C:2019:1091 3 Rn. 125 f.
Urteil v. 19.12.2019, Rs C-355/18 (Rust-Hackner) ECLI:EU:C:2015:1123 1 Rn. 42
Urteil v. 19.12.2019, Rs C-355/18 (Rust-Hackner) ECLI:EU:C:2015:1123 3 Rn. 141
Urteil v. 19.12.2019, Rs C-390/18 (Airbnb Ireland) ECLI:EU:C:2019:1112 1 Rn. 39
Urteil v. 19.12.2019, Rs C-419/18 (Profi Credit Polska) ECLI:EU:C:2019:930 1 Rn. 37
Urteil v. 19.12.2019, Rs C-390/18 (Airbnb Ireland) ECLI:EU:C:2019:1112 1 Rn. 43
Urteil v. 3.3.2020, Rs C-125/18 (Gómez del Moral Guasch) ECLI:EU:C:2020:138 1 Rn. 37
Urteil v. 3.3.2020, Rs C-125/18 (Gómez del Moral Guasch) ECLI:EU:C:2020:138 4 Rn. 43
Urteil v. 5.3.2020, Rs C-679/18 (OPR Finance) ECLI:EU:C:2020:167 1 Rn. 37
Urteil v. 26.3.2020, Rs C-66/19 (Kreissparkasse Saarlouis) ECLI:EU:C:2020:242 3 Rn. 141
Urteil v. 9.7.2020, Rs C-452/18 (Ibercaja Banco) ECLI:EU:C:2020:536 1 Rn. 37
Urteil v. 9.7.2020, Rs C-452/18 (Ibercaja Banco) ECLI:EU:C:2020:536 4 Rn. 49

EuG
Urteil v. 17.12.1998, Rs. T-203/96 (Embassy Limousines) ECLI:EU:T:1998:302 — 3 Rn. 30
Urteil v. 10.6.2004, Rs T-307/1 (François) ECLI:EU:T:2004:180 — 6 Rn. 107

Gerichte der Mitgliedstaaten

Deutschland
BGH, Urteil v. 30.5.2011, VIII ZR 70/00 — 6 Rn. 80
BGH, Urteil v. 16.3.2016, VIII ZR 146/15 — 3 Rn. 123
LG München I, Urteil v. 1.3.2018, 12 O 730/17 — 3 Rn. 76
AG Rüsselsheim, 30.1 2014 – 3 C 79/03

Großbritannien
Walford v. Miles [1992] 2 AC 128 — 3 Rn. 16

§ 1 Grundlagen

Literatur: Basedow/Hopt/Zimmermann, Handwörterbuch des Europäischen Privatrechts, 2009; Heiderhoff, Europäisches Privatrecht, 5. Aufl. 2020; Jansen/Zimmermann (Hrsg.), Commentaries on European Contract Laws, 2018; Kötz, Europäisches Vertragsrecht, 2. Aufl. 2015; Riesenhuber, EU-Vertragsrecht, 2013; Schulze/Janssen/Kadelbach (Hrsg.), Europarecht – Handbuch für die deutsche Rechtspraxis, 4. Aufl. 2020; Schulze/Schulte-Nölke (Hrsg.), European Private Law – Current Status and Perspectives, 2011; Schulze/Staudenmayer (Hrsg.), EU Digital Law – Commentary, 2020; Twigg-Flesner (Hrsg.), The Cambridge Companion to European Union Private Law, 2010; v. Bar/Clive (Hrsg.), DCFR Full Edition, 2010.

I. Einführung

1. Ausgangslage

Das Vertragsrecht ist das zentrale rechtliche Instrument für die Organisation von Märkten und damit für die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen aller Art in Marktgesellschaften. In Europa hat die wirtschaftliche und politische Integration seit der Mitte des 20. Jahrhunderts zum Entstehen eines Binnenmarktes geführt, der zu den größten der Welt gehört. Handelsgüter im Wert von 3061 Milliarden Euro werden jährlich auf diesem Markt umgeschlagen.[1] Etwa 69 % des gesamten deutschen Exports gehen in andere EU-Mitgliedstaaten.[2] Nahezu 445 Millionen Verbrauchern bietet dieser Binnenmarkt die Möglichkeit, Waren und Dienstleistungen aus 27 Mitgliedstaaten der EU ohne Zölle oder ähnliche Belastungen zu beziehen. In anderen Teilen der Welt, von China bis zu den USA, steht für gemeinsame Märkte von vergleichbarer Größe längst zumindest ein gemeinsames Handelsrecht (wie der Uniform Commercial Code in den USA) oder ein gemeinsames Vertragsrecht zur Verfügung. Für den Europäischen Binnenmarkt fehlt es dagegen bislang an einer vergleichbaren rechtlichen Antwort auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten, die der Wegfall der Binnengrenzen bietet. 1

Zwar hat sich das Vertragsrecht in Europa mehr verändert als es auf den ersten Blick scheinen mag. Überall in der Europäischen Union kann beispielsweise ein Verbraucher Fernabsatzverträge unter den gleichen Voraussetzungen widerrufen oder bei Mängeln einer Kaufsache das gleiche Mindestmaß an Rechten geltend machen. Ein Unternehmer kann von einem anderen grundsätzlich in allen Mitgliedstaaten der EU spätestens dreißig Tage nach Rechnungstellung Verzugszinsen verlangen; Verträge über Zahlungsvorgänge bei Banken sind ebenso wie die Bestimmungen über elektronische Signaturen nach einheitlichem Muster ausgestaltet. Für Verbraucherkredite sind die gleichen Kernbestimmungen maßgeblich; und Fluggäste haben bei Nichtbeförderung oder Verspätung die gleichen Rechte. Dieses und vieles mehr ist durch Rechtsakte der EU auf vertragsrechtlichem Gebiet festgelegt. Bestimmend für das Gesamtbild des Vertragsrechts in Europa sind aber weiterhin die vielfältigen Unterschiede zwischen den nationalen Rechten. Insbesondere fehlt in Hinblick auf die grenzüberschreitenden Geschäfte ein umfassendes Regelwerk, das den Vertrieb von Waren und Dienstleistungen im Binnenmarkt entscheidend erleichtern könnte. Nach Schätzungen der Europäischen Kom- 2

1 Im Jahr 2019, siehe https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=International_trade_in_goods/de#Die_drei_gr.C3.B6.C3.9Ften_globalen_Akteure_des_Au.C3.9Fenhandels:_die_EU.2C_China_und_die_USA (zuletzt abgerufen am 21.6.2020).

2 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Fakten zum deutschen Außenhandel 2019, abrufbar unter: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/fakten-zum-deuschen-aussenhandel.pdf?__blob=publicationFile&v=34 (zuletzt abgerufen am 21.6.2020).

mission müsste ein Unternehmer durchschnittlich jeweils 10.000 Euro aufwenden, um seine Vertragsbedingungen an das Vertragsrecht eines anderen Mitgliedstaates anzupassen.[3] Derartig hohe Transaktionskosten halten vor allem kleine und mittlere Unternehmen davon ab, grenzüberschreitend im gesamten Binnenmarkt tätig zu werden. Soweit Verbraucherverträge in Betracht stehen, vermag auch eine Rechtswahl nach Maßgabe des Internationalen Privatrechts keine Abhilfe zu schaffen, da nach Art. 6 Abs. 2 Rom I-VO[4] der Verbraucherschutz des jeweiligen Heimatlandes des Verbrauchers zu berücksichtigen ist. Die Defizite des europäischen Vertragsrechts in Hinblick auf grenzüberschreitende Verträge führen deshalb dazu, dass das Potential des Binnenmarktes bei weitem nicht ausgeschöpft wird.[5]

3 Die Gesetzgebung und Rechtsprechung der EU stehen daher ebenso wie die Rechtswissenschaft auf dem Gebiet des Vertragsrechts vor großen Herausforderungen. Sie betreffen sowohl die unzulängliche Kohärenz der zahlreichen einzelnen bereits bestehenden Bestimmungen als auch das Erfordernis, über diese Bestimmungen hinaus zu einem vollständigen, in der Praxis funktionsfähigen Regelwerk für grenzüberschreitende Verträge zu gelangen. In der einen Hinsicht haben wissenschaftliche Entwürfe wie die Acquis-Prinzipien und der Entwurf eines Gemeinsamen Referenzrahmens[6] mögliche Konturen eines kohärenteren europäischen Vertragsrechts vorgezeichnet. Auch von diesen Entwürfen inspiriert hatte in der zweitgenannten Hinsicht die Europäische Kommission mit dem Vorschlag eines Gemeinsamen Europäischen Kaufrechts (GEK) 2011 einen Entwurf für eine Kodifikation, die nach Wahl der Parteien bei grenzüberschreitenden Kaufverträgen zur Verfügung stehen sollte, vorgelegt. Diesen Vorschlag hat sie zwar angesichts der ablehnenden Haltung einer Reihe von Mitgliedstaaten zurückgezogen. Fast gleichzeitig führten aber die Bemühungen um rechtliche Antworten auf die drängenden Herausforderungen für den Binnenmarkt durch die rasch fortschreitende Digitalisierung auf dem Gebiet des Vertragsrechts zur Vorbereitung und bald darauf auch zum Erlass neuer europäischer Rechtsakte mit zum Teil weit gespannten Regelungsbereich (wie insbesondere die Digitale Inhalte-RL, die grundsätzlich alle Verträge mit Verbrauchern über die Bereitstellung digitaler Inhalte und Dienstleistungen erfasst, unabhängig von der herkömmlichen Zuordnung zu Vertragstypen wie Kauf, Miete usw).[7] Die Entwicklung des europäischen Vertragsrechts ist somit keineswegs abgeschlossen.[8] Vielmehr scheint sie angesichts der Veränderungen infolge der digitalen Revolution einen neuen Aufschwung zu nehmen, bei dem sich innovative Ansätze in Hinblick auf diese Veränderungen und die Einbeziehung weiterer Materien mit der Fortentwicklung bisheriger Kernbegriffe und Prinzipien verbinden.[9]Das europäische Vertragsrecht dürfte daher auch in absehbarer Zukunft sowohl in wissenschaftlicher als auch in legislativer Hinsicht ein Recht im Werden bleiben.

---

3 Vgl. Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 11.10.2011, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-11-1175_de.htm (zuletzt abgerufen am 21.6.2020); Rede der Justizkommissarin Viviane Reding vom 24.5.2012, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-12-385_de.htm?locale=en (zuletzt abgerufen am 21.6.2020).

4 VO (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I), ABl. 2008 L 177/12.

5 KOM(2011) 635 endg., S. 2–5.

6 Zu beiden siehe Rn. 44 ff.

7 Dazu unten Rn. 61 ff.

8 Schulze/Staudenmayer (Hrsg.), Digital Revolution, Challenges for Contract Law in Practice, 2016.

9 Schulze, Die Digitale-Inhalte-Richtlinie – Innovation und Kontinuität im europäischen Vertragsrecht, ZEuP 2019, S. 695.

2. Anliegen und Aufbau des Buchs

Dieses Buch will Juristen in Wissenschaft, Praxis und Studium an der Entwicklung des europäischen Vertragsrechts teilhaben lassen. In erster Linie richtet es sich auf das Verständnis der Strukturen, Funktionen und Entwicklungsbedingungen des europäischen Rechts auf diesem Gebiet einschließlich seiner Unzulänglichkeiten und Defizite und der daraus erwachsenden Herausforderungen für die Rechtslehre. Es stellt dazu die maßgeblichen Bestimmungen im Recht der EU, die Rechtsprechung der europäischen Gerichte und die zugrundeliegenden Leitgedanken und Ziele dar. Das internationale Einheitsrecht (insbesondere die Europäische Menschenrechtskonvention und das UN-Kaufrecht) sowie vergleichende Untersuchungen zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden nationaler Rechte werden berücksichtigt, soweit es zum Verständnis des EU-Rechts und seiner Entwicklung erforderlich ist. 4

Vertieft dargestellt werden vor allem Begriffe, Bestimmungen und Lehren von übergreifender Bedeutung für das Vertragsrecht. Schwerpunkte bilden daneben das Kaufrecht und der Vertrieb digitaler Produkte wegen ihrer herausragenden Rolle für den Binnenmarkt. Entsprechend der bisherigen Entwicklung des EU-Vertragsrechts und auch der Spannweite der neuen legislativen Antworten auf die Digitalisierung werden die europäischen Rechtsgrundlagen sowohl für Verbraucherverträge („Business-to-Consumer"; B–C) als auch für Verträge zwischen Unternehmern („Business-to-Business"; B–B) einbezogen. 5

Nach der Einführung in Grundlagen und Strukturelemente des europäischen Vertragsrechts wenden sich die folgenden Hauptteile dieses Buches den einzelnen Materien in der Abfolge des „Lebenszyklus" eines Vertrages zu: vom Vertragsschluss, der damit verbundenen Festlegung des Vertragsinhalts und den Bestimmungen hinsichtlich missbräuchlicher Klauseln über die Leistungspflichten, die aus dem Vertrag erwachsen, die Nichterfüllung und ihre Folgen bis hin zur Verjährung der Rechte aus dem Vertrag. In jedem Teil steht das geltende Recht der EU mit den ihm zugrunde liegenden Prinzipien und Leitgedanken im Mittelpunkt. Besondere Aufmerksamkeit gilt den neuen Rechtsakten zum Vertragsrecht im Digitalen Binnenmarkt[10] sowie ihren möglichen Konsequenzen für die weitere Entwicklung des europäischen Vertragsrechts. Daneben sind jeweils die entsprechenden Teile des Kommissionsvorschlags für das GEK und der früheren wissenschaftlichen Vorarbeiten zu den entsprechenden Materien einbezogen. Eine Auswahl grundlegender Literatur ist jeweils am Anfang des Kapitels angegeben; Hinweise auf weiterführende Literatur enthalten die Fußnoten. Tabellarische Zusammenstellungen geben zudem Übersichten über wichtige Dokumente und Abläufe in der Entwicklung des europäischen Vertragsrechts. 6

3. Quellen und Literatur

a) Quellen

aa) Bei der Beschäftigung mit dem europäischen Vertragsrecht sind die folgenden drei Arten von Rechtstexten, die in den jeweils angegebenen Sammlungen abgedruckt sind, die wichtigsten Quellen: 7

10 Insbesondere die Digitale Inhalte-RL und die Warenkauf-RL, beide vom 20. Mai 2019, und die Plattform-VO vom 20. Juni 2019; zu diesen und weiteren Rechtsakten für das Vertragsrecht im Digitalen Binnenmarkt unten Rn. 61 ff.

- die grundlegenden Verträge für die EU, also der Vertrag über die Europäische Union (EUV), der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) und die Grundrechte-Charta der EU (GR-Charta); alle abgedruckt beispielsweise in Glaesner, Europarecht, 25. Aufl. 2019; Beck-Texte im dtv, Europarecht, 27. Aufl. 2017; Schwartmann, Völker- und Europarecht: Mit WTO-Recht und Zusatztexten im Internet, 11. Aufl. 2018;
- die Verordnungen und insbesondere die Richtlinien der EU mit Bezug zum Vertragsrecht; die wichtigsten von ihnen abgedruckt in Schulze/Zimmermann, Basistexte Europäisches Privatrecht, 6. Aufl. 2020 (dort sind auch weitere wichtige Regelwerke für das europäische Vertragsrecht abgedruckt[11]). Wichtige Richtlinientexte enthält auch Artz/Staudinger, Europäisches Verfahrens-, Kollisions- und Privatrecht, 2010. Die amtliche Veröffentlichung der EU-Rechtsakte ist im Amtsblatt (ABl.) der Europäischen Union zu finden. Akte der Legislative werden dabei unter der Reihe L, Mitteilungen und Bekanntmachung unter der Reihe C veröffentlicht. Diese Veröffentlichung ist im Internet zugänglich unter http://eur-lex.europa.eu;
- die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs; abgedruckt in der Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz (abgekürzt: Slg). Das Zitat einer Fundstelle beginnt mit Slg und erfolgt unter Angabe des Jahres, des Bandes (ab 1990) und der Seite. Der Band wird mit einer römischen Ziffer bezeichnet. Der „European Case Law Identifier“ (ECLI) ist eine fünfteilige Kennung für einen Rechtstext.[12] Sie besteht aus fünf Bestandteilen: (i) die Abkürzung „ECLI“, (ii) ein Ländercode (z.B. EU), (iii) ein Gerichtscode (z.B. C = EuGH), (iv) das Jahr der Entscheidung und (v) eine eindeutige Kennnummer. In diesem Band wird die ECLI für die EU-Rechtsprechung verwendet.Die Veröffentlichung der Entscheidungen ist im Internet zugänglich unter http://eur-lex.europa.eu und http://curia.europa.eu.

8 bb) Zu den wichtigsten neuen europäischen Rechtsakten für das Vertragsrecht gehören die Digitale Inhalte-RL, die Warenkauf-RL (veröffentlicht im ABl. 2019, L 136/1 und 28; beide auch abgedruckt in Schulze/Zimmermann, Basistexte) und die Plattform-VO (veröffentlicht im ABl. 2019, L 186/57). Die Digitale Inhalte-RL und einer Reihe weiterer EU-Bestimmungen, die auf die Herausforderungen der Digitalisierung für das Vertragsrecht reagieren, sind ausführlich erläutert in Schulze/Staudenmayer, EU Digital Law – Commentary, 2020. Auch die neuen Rechtsakte beziehen sich in erheblichem Maße auf Begriffe und Strukturen, die 2011 der Kommissionsvorschlag für das *Gemeinsame Europäische Kaufrecht* vorgezeichnet hat. Dieser ist in KOM(2011) 635 endg. veröffentlicht und ua abgedruckt in Schulze/Zimmermann, Basistexte, III.30. Ausführlich erläutert sind seine Bestimmungen in Schulze (Hrsg.), Common European Sales Law (CESL) – Commentary, 2012 und Schmidt-Kessel (Hrsg.), Der Entwurf für ein Gemeinsames Europäisches Kaufrecht – Kommentar, 2014. Drei Beispiele aus der umfangreichen Literatur zum GEK bilden die Sondertagung der Zivilrechtslehrervereinigung, AcP 212 (2012), S. 467–852; Dannemann/Vogenauer (Hrsg.), The Common European Sales Law in Context, 2013 und Deshayes, Le droit commun européen de la vente – Examen de la proposition de règlement du 11 octobre 2011, 2012.

11 Dazu sogleich Rn. 9.

12 Dazu Schlussfolgerungen des Rates mit einem Aufruf zur Einführung des European Case Law Identifier (ECLI) und eines Mindestbestands von einheitlichen Metadaten für die Rechtsprechung, ABl. 2011 C 127/1.

cc) Weitere *Regelwerke*, die nicht geltendes Recht sind, aber für das europäische Vertragsrecht besondere Bedeutung haben, sind enthalten in Schulze/Zimmermann, Basistexte. Abgedruckt sind dort ua die Grundregeln des Europäischen Vertragsrechts der Kommission für Europäisches Vertragsrecht (Principles of European Contract Law)[13], die Principes du Droit Européen du Contrat[14], die Grundregeln des bestehenden Vertragsrechts der Europäischen Gemeinschaft („Acquis-Prinzipien")[15], und der Entwurf des Gemeinsamen Referenzrahmens (Draft Common Frame of Reference)[16]. Diese Regelwerke haben zum Teil Inhalt und Struktur des GEK und einiger neuer Rechtsakte beeinflusst, berücksichtigen aber noch nicht oder nur wenig die Veränderungen der Vertragspraxis und des EU-Rechts in Folge der Digitalisierung. Eine umfangreiche systematische Zusammenstellung der Bestimmungen mehrerer dieser Regelwerke mit ausführlicher Kommentierung und kritischer Würdigung bieten Jansen/Zimmermann (Hrsg.), Commentaries on European Contract Laws, 2018. 9

b) Literatur

aa) Folgende *Lehrbücher* sind neben dem vorliegenden zum Vertragsrecht der EU erschienen: 10

- Heiderhoff, Europäisches Privatrecht, 5. Aufl. 2020 (das europäische Vertragsrecht bildet hier einen Schwerpunkt einer Gesamtdarstellung des Europäischen Privatrechts);
- Riesenhuber, EU-Vertragsrecht, 2013;
- Riesenhuber, Europäisches Vertragsrecht, 2. Aufl. 2006.

Erläuterungen der wichtigen Richtlinien auf vertragsrechtlichem Gebiet in Hinblick auf die Umsetzung in deutsches Recht enthält das Werk von Gebauer/Wiedmann, Zivilrecht unter europäischem Einfluss, 2. Aufl. 2010.

Als *Nachschlagewerk* hilfreich ist das von Basedow/Hopt/Zimmermann herausgegebene Handwörterbuch des Europäischen Privatrechts (in 2 Bänden), 2009.

bb) Aus *rechtsvergleichender Sicht* befassen sich mit dem europäischen Vertragsrecht folgende Werke (zum Teil im Rahmen breiter angelegter Darstellungen): 11

- Alpa/Andenas, Grundlagen des Europäischen Privatrechts, 2010;
- Beale/Fauvarque-Cosson/Rutgers/Vogenauer, Cases, Materials and Text on Contract Law, 3. Aufl. 2019;
- Kadner-Graziano, Comparative Contract Law, 2. Aufl. 2019;
- Kötz, Europäisches Vertragsrecht, 2. Aufl. 2015;
- Ranieri, Europäisches Obligationenrecht, 3. Aufl. 2009.

Im Internet finden sich zusätzliche Informationen zum Recht der einzelnen Mitgliedstaaten unter http://eur-lex.europa.eu/n-lex/.

13 Lando/Beale (Hrsg.), Principles of European Contract Law, Parts I & II 2000 und Lando/Clive/Prüm/Zimmermann (Hrsg.), Principles of European Contract Law, Parts III 2003.

14 Association Henri Capitant des Amis de la Culture Juridique Française, Société de Législation Comparée (Hrsg.), Projet de Cadre Commun de Référence, Principes Contractuels Communs, 2008.

15 European Research Group on Existing EC Private Law (Acquis Group) (Hrsg.), Principles of the Existing EC Contract Law (Acquis Principles) Contract I, 2007 und Contract II, 2009.

16 V. Bar/Clive, DCFR Full Edition.

12 cc) Folgende *Zeitschriften* befassen sich mit dem Europäischen Vertragsrecht als einem ihrer Schwerpunkte:

Contratto e impresa/europa (CIEU)

European Review of Contract Law (ERCL)

European Review of Private Law (ERPL)

Journal of European Consumer and Market Law (EuCML)

Zeitschrift für das Privatrecht der Europäisches Union (GPR)

Zeitschrift für europäisches Privatrecht (ZEuP)

II. Vertragsrecht als Teil des Europäischen Privatrechts

1. Begriff des Europäischen Privatrechts

a) Übersicht

13 Rechtswissenschaft und europäische Institutionen[17] befassen sich seit den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts in wachsendem Maße mit dem europäischen Vertragsrecht. Durch die Arbeiten der „Kommission für Europäisches Vertragsrecht"[18] und frühe programmatische Veröffentlichungen[19] stand dieses Gebiet von Anfang an im Mittelpunkt der Diskussionen über Begriff, Methoden und Inhalte des Europäischen Privatrechts.[20] Forschungen aus mehreren rechtswissenschaftlichen Teildisziplinen begegnen und ergänzen sich dabei.[21] Dazu gehören insbesondere die Lehre des Bürgerlichen Rechts, die sich zunehmend neben dem jeweiligen nationalen Recht auch dem Europäischen Privatrecht und seinem Einfluss auf das nationale Recht widmet,[22] und das Europarecht, dessen anfänglich einseitige Ausrichtung auf das öffentliche Recht

17 Zunächst das Europäische Parlament mit der Entschließung zu den Bemühungen um eine Angleichung des Privatrechts der Mitgliedstaaten vom 26.5.1989, ABl. EG 1989 C 158/400.

18 Unter der Leitung des Rechtsvergleichers Ole Lando; zum Entstehen und Arbeiten der Kommission: Lando/Beale, PECL, Parts I and II, 2000, S. xi; später kam hinzu Lando/Clive/Prüm/Zimmermann, PECL, Part III, 2003.

19 Gandolfi, Pour un code européen des contrats, RTD Civ. 1992, S. 707–720; Müller-Graff, Gemeinsames Privatrecht in der Europäischen Gemeinschaft, 1993; Schulze, Allgemeine Grundsätze und europäisches Privatrecht, ZEuP 1993, S. 442–474; Tunc, L'unification du droit des contrats en Europe: avec ou sans loi?, RIDC 1993, S. 877–879; Zeno-Zencovich, Il diritto europeo dei contratti, Giurisprudenza italiana 1993, S. 57–73.

20 Siehe Schulze/Schulte-Nölke, European Private Law.

21 Zu diesem Zusammenwirken bereits Basedow/Blaurock/Flessner/Schulze/Zimmermann, Editorial, ZEuP 1993, S. 1–3.

22 Schon früh zur „Europäisierung" des nationalen Privatrechts Aubry, L'influence du droit communautaire sur le droit français des contrats, 2000; Beale, The "Europeanisation" of Contract Law, in: Halson, Exploring the Boundaries of Contract, 1994, S. 23 f.; Coing, Europäisches Privatrecht, Band II, 1985; Lewis, A Common law fortress under attack: is English law being Europeanized?, Columbia Journal of European Law 1995, S. 1 f.; Markesinis, Learning from Europe and Learning in Europe, in: Markesinis, The Gradual Convergence, 1994, S. 1 f.; Mengoni, L'Europa dei codici o un codice per l'Europa?, in: Accademia Nazionale dei Lincei, Il codice civile. Convegno del cinquantenario dedicato a Francesco Santoro Passarelli, 1994, S. 87 f.; Schulze, Le droit privé commun européen, RIDC 1995, S. 7; ders., A century of the Bürgerliches Gesetzbuch: German Legal Uniformity and European Private Law, The Columbia Journal of European Law 1999, S. 461 f.; Ulmer, Vom deutschen zum europäischen Privatrecht?, JZ 1992, S. 1–8; Vareilles-Sommières, Le droit privé européen, 1998; Trabucchi, Il codice civile di fronte alla normativa comunitaria, Riv.Dir.Civ. 1993, S. 703 f.

Walter Hallstein bereits 1964 kritisiert hatte,[23] die Rechtsvergleichung[24] und das Internationale Privatrecht[25] sowie die Rechtsgeschichte[26].

b) Begriffsvarianten

Dem neuen Forschungsfeld liegt allerdings kein einheitlicher Begriff des Europäischen Privatrechts zugrunde. Im Wesentlichen sind vielmehr vier Bedeutungen dieses Begriffs und entsprechend des Begriffs des europäischen Vertragsrechts zu unterscheiden. 14

aa) *Erstens* lässt sich das Europäische Privatrecht als das *Privatrecht der Europäischen Gemeinschaften* und der aus ihnen hervorgegangenen Europäischen Union verstehen. Das gemeinschaftsrechtliche Verständnis des Europäischen Privatrechts geht zurück auf die erwähnten frühen Arbeiten seit Walter Hallstein.[27] Es fand zunächst Ausdruck in der Bezeichnung „Gemeinschaftsprivatrecht".[28] Nachdem die Europäische Gemeinschaft mit dem Lissaboner Vertrag in der Europäischen Union aufgegangen ist,[29] sind die Bezeichnungen „EU-Privatrecht" oder „Unionsprivatrecht" und entsprechend „EU-Vertragsrecht" und „Unionsvertragsrecht" gebräuchlich geworden. In dieser Bedeutung werden die Begriffe Europäisches Privatrecht und europäisches Vertragsrecht in diesem Buch verwandt, soweit nichts anderes angegeben ist. 15

Das europäische Vertragsrecht in diesem Verständnis umfasst den vertragsrechtlichen *Acquis communautaire*.[30] Die maßgeblichen Normen gehören teils zum Primär- und teils zum Sekundärrecht der Union. Als Primärrecht[31] werden insbesondere die grundlegenden Verträge der Mitgliedstaaten über die EU bezeichnet, also seit dem Inkrafttreten der Vereinbarungen von Lissabon 2009 der Vertrag über die EU (EUV), der Vertrag über die Arbeitsweise der EU (AEUV) und die Charta der Grundrechte der Europäischen Union[32] (GR-Charta). Ebenfalls dem Primärrecht zugerechnet wird die 16

23 Hallstein, Angleichung des Privat- und Prozessrechts in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, RabelsZ 1964, S. 211–231.

24 ZB Gorla, Diritto comparato e diritto comune europeo, 1981; Kötz, Europäisches Vertragsrecht, Bd. I, 1996 (inzwischen in der 2. Aufl. 2015); Lipari, Diritto privato europeo, 1997; Publications de l'Institut suisse de droit comparé, Le rôle du droit comparé dans l'avènement du droit européen, 2002.

25 Vgl. von Hoffmann/Thorn, Internationales Privatrecht, 9. Aufl. 2007, Rn. 63–64 a; Rauscher, Internationales Privatrecht, 5. Aufl. 2017, Rn. 89–92.

26 Schon früh beispielsweise Cavanna, Storia del diritto moderno in Europa, 1982; Coing, Das Recht als Element der europäischen Kultur, HZ 1984, S. 1–15; ders., Europäisches Privatrecht, 2 Bände, 1985/1989; Delmas-Marty/Muir Watt/Ruiz Fabri, Variations autour d'un droit commun. Première rencontres de l`UMR de droit comparé de Paris, 2002; Padoa-Schioppa, Italia ed Europa nella storia del diritto, 2003; Robinson/Fergus/Gordon, European Legal History, 1. Aufl. 1985; Schulze, Europäische Rechts- und Verfassungsgeschichte, Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, 1991; Schulze, La renaissance de l'idée de Jus commune, in: Delmas-Marty/Muir Watt/Ruiz Fabri, Variations autour d'un droit commun. Première rencontres de l`UMR de droit comparé de Paris, 2002, S. 181–193; Watkin, The Europeanisation of Law, 1998; Wieacker, Privatrechtsgeschichte der Neuzeit, 2. Aufl. 1967 (englische Fassung: A History of Private Law in Europe, 1996).

27 Siehe soeben Fn. 24.

28 Müller-Graff, Gemeinsames Privatrecht in der Europäischen Gemeinschaft, 2. Aufl. 1999; Schulze, Allgemeine Rechtsgrundsätze und europäisches Privatrecht, ZEuP 1993, S. 442–474; Smits, A European Private Law as a Mixed Legal System, Maastricht Journal of European and Comparative Law 1998, S. 328–340.

29 Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, veröffentlicht im ABl. 2007 C 306/01, zuletzt bekanntgemacht durch Abdruck der konsolidierten Textfassungen im ABl. 2012 C 326/01.

30 Zum Begriff des Acquis communautaire Benacchio/Pasa, A Common Law for Europe, 2005, S. 20–22; Herdegen, Europarecht, 22. Aufl. 2020, § 6 Rn. 6 f., § 8 Rn. 3; Streinz, Europarecht, 11. Aufl. 2019, Rn. 101.

31 Dazu Nowak, Europarecht nach Lissabon, 2011, I Rn. 3; Streinz, Europarecht, 11. Aufl. 2019, Rn. 3, 453 ff.

32 Zur Bedeutung der Charta für das Privatrecht Busch/Schulte-Nölke (Hrsg.), EU Compendium – Fundamental Rights and Private Law, 2010; Heiderhoff/Lohsse/Schulze (Hrsg.), EU-Grundrechte und Privatrecht, 2016.

Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Auslegung der Bestimmungen dieser grundlegenden Verträge, einschließlich der von dieser Rechtsprechung anerkannten allgemeinen Rechtsgrundsätze.[33] Als Sekundärrecht wird das Recht verstanden, das die EU aufgrund des Primärrechts, insbesondere in Form von Verordnungen, Richtlinien und Beschlüssen gem. Art. 288 AEUV, geschaffen hat.

17 Verordnungen sind – ähnlich wie auf nationaler Ebene Gesetze – in allen ihren Teilen verbindliche Rechtsnormen und gelten unmittelbar in jedem Mitgliedstaat (Art. 288 Abs. 2 AEUV). Dagegen sind die Adressaten von Richtlinien nicht die einzelnen Bürger und sonstigen privaten Teilnehmer am Rechtsverkehr, sondern die Mitgliedstaaten. Richtlinien sind daher grundsätzlich nicht unmittelbar anwendbar, sondern bedürfen der Umsetzung in das nationale Recht durch die Gesetzgebung der Mitgliedstaaten. Diesen verbleibt dabei Gestaltungsraum hinsichtlich der Form und der Mittel, mit denen sie die Vorgabe der Richtlinie verwirklichen wollen (vgl. Art. 288 Abs. 3 AEUV).[34] Diese Gestaltungsmöglichkeiten können die Mitgliedstaaten dazu nutzen, die europäischen Vorgaben mit möglichst geringen Friktionen in das nationale Rechtssystem einzubeziehen, so dass gerade auf privatrechtlichem Gebiet die Richtlinie die bevorzugte Regelungsform der europäischen Gesetzgebung geworden ist.

18 bb) *Zweitens* werden dem Europäischen Privatrecht in einem weiteren Sinn neben dem Recht der EU auch Bestimmungen zugerechnet, die in zahlreichen europäischen Staaten aufgrund *internationaler Übereinkommen* einheitlich gelten, aber in keinem institutionellen Bezug zur EU stehen.[35] Dies gilt insbesondere für die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) mit ihren Wirkungen auf privatrechtlichem Gebiet, beispielsweise in Hinblick auf den Persönlichkeitsschutz, die Freiheitsrechte und das Familienrecht.[36] Dieses weiter gefasste Verständnis des Europäischen Privatrechts entspricht insofern dem Begriff des Europarechts bzw. des europäischen Rechts im weiteren Sinne, der neben der Verwendung dieses Begriffs für EU-Recht gebräuchlich ist.[37]

19 Darüber hinaus wird dem Europäischen Privatrecht zuweilen auch internationales Einheitsrecht zugerechnet, das in einem großen Teil Europas, aber auch in anderen Teilen der Welt gilt. Dies betrifft insbesondere das UN-Kaufrecht[38], das für die meisten Staaten Europas zum einheitlichen Kaufrecht für grenzüberschreitende Verträge geworden ist.[39] Zudem hat sich eine Reihe von europäischen Staaten auch bei Reformen der na-

33 Näher zum Begriff des Primärrechts und zu den Funktionen der EuGH-Rechtsprechung in seinem Rahmen Haratsch/Koenig/Pechstein, Europarecht, 12. Aufl. 2020, Rn. 383 ff.; Herdegen, Europarecht, 22. Aufl. 2020, § 8 Rn. 4 ff.

34 Näher zur Wirkungsweise von Richtlinien und zu deren ausnahmsweiser unmittelbarer Anwendbarkeit Haratsch/Koenig/Pechstein, Europarecht, 12. Aufl. 2020, Rn. 400 ff.; König, Gesetzgebung in: Schulze/Janssen/Kadelbach, Europarecht, Rn. 44–71.

35 ZB Müller-Graff, Gemeinsames Privatrecht in der Europäischen Gemeinschaft, 2. Aufl. 1999; Schulze, Allgemeine Rechtsgrundsätze und europäisches Privatrecht, ZEuP 1993, S. 442–474; Schulze, Le Droit Privé Commun Européen, RIDC 1995, S. 7–32.

36 Van Dam, European Tort Law, in: Twigg-Flesner: European Union Private Law, S. 161 f.; Meyer-Ladewig/Meyer-Ladewig, Europäische Menschenrechtskonvention, 4. Aufl. 2017, Art. 8 Rn. 1 f.; Windel, Die Bedeutung der Europäischen Menschenrechtskonvention für das Privatrecht, JR 2011, S. 323–327; beispielsweise EGMR 3.12.2009 – Az. 22028/04 zum Sorgerecht für nichteheliche Kinder.

37 Herdegen, Europarecht, 22. Aufl. 2020, § 1 Rn. 1 f.; Schulze/Kadelbach, Zur Einführung, in: Schulze/Janssen/Kadelbach, Europarecht, Rn. 14 f.

38 Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenkauf vom 11. April 1980; BGBl. 1989 II S. 586, ber. 1990 II S. 1699; BGBl. 1990 II S. 1477.

39 Seit der Unterzeichnung des Übereinkommens über das UN-Kaufrecht im Jahr 1980 haben bis jetzt 39 Staaten Europas dieses Kaufrecht in Kraft gesetzt, allerdings das Vereinigte Königreich, abrufbar unter:

tionalen Gesetzbücher an diesem einheitlichen Kaufrecht orientiert[40]; und sowohl die Arbeiten der „Kommission für Europäisches Vertragsrecht" unter Leitung von Ole Lando als auch die wichtigste europäische Richtlinie auf dem Gebiet des Kaufrechts, die Verbrauchsgüterkauf-RL[41], sowie der Kommissionsvorschlag für das GEK sind in einigen grundlegenden Fragen dem Vorbild des UN-Kaufrechts gefolgt.[42] Insofern ist dieses dem europäischen Vertragsrecht im weiteren Sinne zumindest als erstrangige Inspirationsquelle zuzurechnen.

20 cc) *Drittens* führen rechtsvergleichende Ansätze zu einem Verständnis des Europäischen Privatrechts, das nicht oder zumindest nicht ausschließlich auf das Recht der EU bezogen ist und geographisch über die Mitgliedstaaten der EU hinausgreift. *Gemeineuropäisches Privatrecht*[43] kann in diesem Sinne die gemeinsamen Grundsätze und Rechtsüberzeugungen der nationalen Rechtstraditionen in Europa beschreiben. Die Auseinandersetzung mit „gemeinsamen Prinzipien" des europäischen Vertragsrechts aus einer derartigen rechtsvergleichenden Perspektive war seit den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts Gegenstand der „Kommission für Europäisches Vertragsrecht"[44] und beispielsweise auch schon der ersten Auflage des Lehrbuchs von Hein Kötz zum europäischen Vertragsrecht.[45]

21 Die vergleichenden Forschungen zum Europäischen Privatrecht unterscheiden sich allerdings erheblich in Hinblick auf die Beschreibung ihres Gegenstandes, die Begrifflichkeit und die Methode. Zu den Leitbegriffen gehört dabei neben den „gemeinsamen Prinzipien" beispielweise das Konzept des „common core".[46] Neben dem Bemühen um „wertende" Feststellung gemeinsamer Rechtsinhalte[47] stehen eher deskriptive Darstellungen der Vielfalt verschiedener Rechte in Europa auf der Grundlage eines Verständnisses des europäischen Vertragsrechts in einem eher geographischen Sinn.[48] Ein Teil der Literatur verbindet zudem den vergleichenden Ansatz mit einer historischen Perspektive, teils spezifisch mit Bezug auf das *ius commune* des Mittelalters und der

---

https://uncitral.un.org/en/texts/salegoods/conventions/sale_of_goods/cisg/status (zuletzt abgerufen am 28.9.2020).

40 So die Niederlande bei der Schaffung des Nieuw Burgerlijk Wetboek, Deutschland bei der Schuldrechtsmodernisierung 2002, Frankreich bei der Reform des Vertragsrechts von 2016 und mehrere osteuropäische Länder beim Übergang zur Marktwirtschaft; Ferrari (Hrsg.), The CISG and its Impact on National Legal Systems, 2008; Hartkamp/Tillema/Ter Heide, Contract Law in the Netherlands, 2011; Bien/Borghetti (Hrsg.), Die Reform des französischen Vertragsrechts, 2018; Sonnenberger, Die Reform des französischen Schuldvertragsrechts, ZEuP 2017, S. 6, 2018, S. 778; Meyer, UN-Kaufrecht in der deutschen Anwaltspraxis, RabelsZ 2005, S. 457–486; zu Rumänien Bojin, The Law of Obligations in Romania, in: Schulze/Zoll, The Law of Obligations in Europe, 2013, S. 377; Schwenzer/Hachem, The CISG – A Story of Worldwide Success, in: Kleinemann (Hrsg.), CISG Part II Conference, 2009, S. 119, 125.

41 Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 1999 zu bestimmten Aspekten des Verbrauchsgüterkaufs und der Garantien für Verbrauchsgüter.

42 Schulze, The New Shape of European Contract Law, in: EuCML 2015, S. 139–144.

43 Müller-Graff, Gemeinsames Privatrecht in der Europäischen Gemeinschaft. 2. Aufl. 1999, S. 130.

44 Siehe Fn. 14.

45 Kötz, Europäisches Vertragsrecht, Bd. I, 1996; in der 2. Aufl. 2015 durch Einbeziehung des EU-Vertragsrechts erweitert.

46 So „The Trento Common Core Project". Das Forschungsnetzwerk wurde 1993 an der Universität Trient unter der Leitung von Rudolf B. Schlesing geschaffen; veröffentlicht wurde beispielsweise Cartwright/Hesselink, Precontractual Liability in European Private Law, 2009; Zimmermann/Whittaker, Good Faith in European Contract Law, 2000.

47 Zu dieser „wertenden" Vorgehensweise Lando, Some Features of the Law of Contract in the Third Millenium, Scandinavian Studies in Law 2000, S. 343, 364; Vogenauer, Gemeineuropäische Methodenlehre, ZEuP 2005, S. 234, 253.

48 In diese Richtung geht beispielsweise das reichhaltige Handbuch von Ranieri, Europäisches Obligationenrecht, 3. Aufl. 2009; dazu Riesenhuber, EU-Vertragsrecht, § 1 Rn. 2.

frühen Neuzeit,[49] teils unter Einschluss weiterer historisch begründeter Charakteristika des Europäischen Privatrechts.[50] Zuweilen wird der Begriff des „*Acquis commun*"[51] verwandt, um in Entsprechung zum *Acquis communautaire* der EU den gemeinsamen Bestand an Rechtsprinzipien und -auffassungen in Europa zu bezeichnen und dabei Regelwerke, die Wissenschaftler auf vergleichend-historischer Grundlage erstellt haben, einzuschließen.

22 dd) *Viertens* dient schließlich das Konzept des Europäischen Privatrechts *in einem übergreifenden Verständnis* dazu, die drei vorgenannten Bedeutungen als unterschiedliche, aber sich ergänzende Quellenbereiche oder Entwicklungskomponenten dieses Rechtsgebiets zu beschreiben.[52]

2. Dualismus von nationalem und supranationalem Recht

a) Entstehen

23 Das Entstehen des Privatrechts der EU – und in seinem Rahmen des europäischen Vertragsrechts – hat zu einem tiefgreifenden Wandel des Privatrechts in Europa geführt. Mit der Gründung supranationaler Gemeinschaften hat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ein Dualismus von nationalem und supranationalem Privatrecht das monistische Konzept des nationalen Rechts abgelöst, das sich zuvor seinerseits – verbunden mit der Idee des Nationalstaats – in vielen Ländern Europas während des 18. und 19. Jahrhunderts gegen die Vielfalt unterschiedlicher Rechte und Jurisdiktionen durchgesetzt hatte.[53] Besonders signifikanten Ausdruck fand dieses monistische Konzept in der Idee der nationalen Kodifikationen, die vollständig, ausschließlich, dauerhaft und systematisch das nationale Recht vereinheitlichen sollten. Mit dem Schuman-Plan vom Mai 1950[54] eröffnete sich demgegenüber die Perspektive einer supranationalen Gemeinschaft, der die Staaten einen Teil ihrer Souveränität übertragen und die daher ihr eigenes Recht generieren kann. Die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl[55] ließ dieses supranationale gemeinsame Recht wenig später erstmals neben die unterschiedlichen Rechte der (damals sechs) Mitgliedstaaten treten. Der Dualismus von nationalem und europäischem Recht ist seitdem zu einem Kennzeichen der europäischen Integration geworden. Auch nach der Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Union[56] steht ein neuer Monismus

49 So Zimmermann, Law of Obligations, 1990.

50 Dazu Grossi, Das Recht in der europäischen Geschichte, 2010; Schulze, Vom Ius commune bis zum Gemeinschaftsrecht, in: Schulze, Europäische Rechts- und Verfassungsgeschichte, 1991, S. 3–36; Schulze, Allgemeine Rechtsgrundsätze und europäisches Privatrecht, ZEuP 1993, S. 442, 447–457.

51 Jansen/Zimmermann, Grundregeln des bestehenden Gemeinschaftsprivatrechts?, JZ 2007, S. 1113–1126; Zoll, Die Grundregeln der Acquis-Gruppe im Spannungsverhältnis zwischen Acquis commun und Acquis communautaire, GPR 2008, S. 106–117.

52 Müller-Graff, Gemeinsames Privatrecht in der Europäischen Gemeinschaft. 2. Aufl. 1999, S. 14–17; Schulze, Allgemeine Grundsätze und europäisches Privatrecht, ZEuP 1993, S. 442–474.

53 Schulze, Contours of European Private Law, in: Schulze/Schulte-Nölke, European Private Law, S. 3–8.

54 Schuman-Erklärung – 9.5.1950, abgedruckt in: Schulze/Hoeren (Hrsg.), Dokumente zum Europäischen Recht, Bd. 1 Gründungsverträge, 1999, S. 8–10; vgl. Fontaine, Eine neue Ordnung für Europa: 40 Jahre Schuman-Plan (1950–1990), 1990.

55 Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, 18.4.1951, abgedruckt in: Schulze/Hoeren (Hrsg.), Dokumente zum Europäischen Recht, Bd. 1 Gründungsverträge, 1999, S. 385–399.

56 Überblick über diese Entwicklung bei Brasche, Europäische Integration: Wirtschaft, Erweiterung und regionale Effekte, 3. Aufl. 2013; Clemens/Reinfeldt/Wille, Geschichte der europäischen Integration: Ein Lehrbuch, 2008; Gilbert, European Integration: A Concise History, 2012; Wagener/Eger, Europäische Integration, 3. Aufl. 2014.

weder in der einen noch in der anderen Richtung ernsthaft in Betracht – weder als Rückkehr zur Absolutheit des nationalen Rechts noch als Verdrängung des nationalen Rechts durch einen europäischen Rechtsmonismus.

24 Allerdings schien diese Entwicklung eines supranationalen Rechts zunächst eine Angelegenheit zu sein, die ausschließlich das öffentliche Recht betraf. Erst in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts trat in den Blick, dass sich Hindernisse für die Verwirklichung des freien Warenverkehrs und der anderen Verkehrsfreiheiten auch aus privatrechtlichen Vorschriften ergeben können und sich daher die europäische Rechtsangleichung und Rechtsvereinheitlichung auch auf das Feld des Privatrechts erstrecken muss.[57] In dieser Zeit hatte die europäische Gesetzgebung mit dem Wettbewerbsrecht und dem Gesellschaftsrecht bereits wichtige Teilgebiete des Privatrechts berührt. In der Folgezeit dehnte sie sich auf diesen und weiteren Gebieten des Privatrechts mehr und mehr aus:[58] vom Arbeitsrecht bis zum Verbraucherrecht; vom Handelsrecht bis zum Versicherungsrecht; vom Kapitalmarktrecht bis zum Recht des geistigen Eigentums; vom Vertragsrecht bis zur außervertraglichen Haftung im Umweltschutz, im Diskriminierungsschutz und in weiteren Bereichen. Auf einigen dieser Gebiete hat die europäische Gesetzgebung neben dem materiellen Recht auch das Verfahrensrecht und neben dem Sachrecht auch das Kollisionsrecht einbezogen. Für weitere Bereiche des Privatrechts (insbesondere das Familien- und Erbrecht) liegt der Schwerpunkt der europäischen Gesetzgebung im Verfahrens- und Kollisionsrecht.

b) Eigenständigkeit der supranationalen Rechtsordnung

25 Ebenso wie für das öffentliche Recht ist damit für weite Teile des Privatrechts das Recht der EU als eine eigene Rechtsordnung[59] hervorgetreten.[60] Im Verhältnis zum nationalen Recht kommt ihm Anwendungsvorrang zu.[61] Die Bestimmungen des EU-Rechts einschließlich ihrer Auslegung durch den EuGH sind daher auch im Privatrecht vorrangig anzuwenden, so dass eine dem Unionsrecht widersprechende nationale Norm nicht angewandt werden darf (obwohl sie wegen der Eigenständigkeit beider Rechtsordnungen ihre Geltung nicht verliert). Dem Charakter einer eigenständigen, supranationalen Rechtsordnung entspricht es, dass das EU-Recht auch auf dem Gebiet des Privatrechts eine eigene Begrifflichkeit entwickelt hat und ständig weiterentwickelt. Würde man Begriffe wie „Wettbewerb“, „Dienstleistung“ oder „Kaufvertrag“[62] in den Verträgen über die EU und in deren Rechtsakten im jeweiligen nationalen Verständnis interpretieren, gäbe es kein einheitliches europäisches Recht. Die Begriffe und Normen

57 Hallstein, Angleichung des Privat- und Prozessrechts in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, RabelsZ 1964, S. 211–231.

58 Übersichten zu allen diesen Gebieten in Schulze/Janssen/Kadelbach, Europarecht; Schulze/Schulte-Nölke, European Private Law; Twigg-Flesner, European Union Private Law.

59 Urteil des EuGH v. 15.7.1964, Rs 6/64 (Costa/E.N.E.L.) ECLI:EU:1964:66; Urteil des EuGH v. 9.3.1978, Rs 106/77 (Simmenthal II) ECLI:EU:1978:49.

60 Näher dazu Borchardt, Die rechtlichen Grundlagen der Europäischen Union, 6. Aufl. 2015, S. 81–94; Ehlers, Verhältnis des Unionsrechts zu dem Recht der Mitgliedstaaten, in: Schulze/Janssen/Kadelbach, Europarecht, Rn. 6–8; Heiderhoff, Europäisches Privatrecht, Rn. 8; Streinz/Pechstein, EUV/AEUV, 3. Aufl. 2018, Art. 1 EUV Rn. 9 ff.

61 Urteil des EuGH v. 15.7.1964, Rs 6/64 (Costa/E.N.E.L) ECLI:EU:1964:66; Urteil des EuGH v. 17.12.1970, Rs 11/70 (Internationale Handelsgesellschaften) ECLI: EU: C: 1970:114; Urteil des EuGH v. 9.3.1978, Rs 106/77 (Simmenthal II) ECLI:EU:C:1978:49. Dazu Craig/de Búrca, EU Law, 6. Aufl. 2015, S. 266–315; Ehlers, Verhältnis des Unionsrechts zu dem Recht der Mitgliedstaaten, in: Schulze/Janssen/Kadelbach, Europarecht, Rn. 11 ff.

62 Vgl. dazu Urteil des EuGH v. 29.4.1982, Rs 66/81 (Pommerehnke) ECLI:EU:C:1982:130 Rn. 19 f.

des EU-Rechts sind daher grundsätzlich autonom auszulegen, also unabhängig von den nationalen Sichtweisen als Bestandteile einer eigenständigen supranationalen Rechtsordnung.[63] Die Einheitlichkeit der Auslegung des EU-Rechts wird auch für das Privatrecht durch den EuGH gewährleistet (Art. 267 AEUV). Seine Entscheidungen sind insoweit für die Gerichte und Behörden der Mitgliedstaaten verbindlich.[64]

c) Wechselbeziehungen zwischen nationalem und supranationalem Recht

26 Trotz dieser Eigenständigkeit entwickelt sich das Recht der EU ebenso wie auf anderen Gebieten im Privatrecht allerdings keineswegs völlig isoliert von den nationalen Rechten. Vielmehr kennzeichnet es die EU als eine „Rechtsgemeinschaft"[65], dass sich die eigenständigen Rechte in ihrer Entwicklung wechselseitig beeinflussen. Auf der einen Seite können so Gesetzgebung und Rechtsprechung der Union aus dem Vergleich der nationalen Rechte Anregungen und Maßstäbe für die Entwicklung des supranationalen Privatrechts ziehen. Für die außervertragliche Haftung der Union ist der Rückgriff auf die gemeinsamen Rechtsprinzipien der Mitgliedstaaten sogar ausdrücklich in Art. 340 Abs. 2 AEUV vorgesehen.

27 Auf der anderen Seite beeinflusst das EU-Recht die Entwicklung der nationalen Privatrechte in erheblichem Maße. Das Unionsrecht bedient sich dazu vor allem des Instruments der Richtlinie. Auf vielen Gebieten des Privatrechts hat die Umsetzung von Richtlinien in das nationale Recht zur Rechtsangleichung in Europa nach Maßgabe der Vorgaben des EU-Rechts geführt.[66] Der Einfluss des EU-Rechts reicht aber weit über die Verpflichtung der Mitgliedstaaten hinaus, europäische Richtlinien in ihr nationales Recht umzusetzen. Vielmehr verwenden die Mitgliedstaaten nicht selten Regeln oder Prinzipien europäischer Richtlinien, um auch außerhalb des Anwendungsbereichs der Richtlinie ähnliche Sachlagen auf entsprechende Weise zu regeln und dadurch widersprüchliche Wertungen im nationalen Recht zu vermeiden.[67] Sehr weitreichenden Einfluss auf das deutsche Schuldrecht haben Regelungsmuster und Prinzipien des europäischen Vertragsrechts, insbesondere der Verbrauchsgüterkauf-RL, bei der Schuldrechtsmodernisierung im Jahr 2002 und zum Teil in ähnlicher, zum Teil aber auch in anderer Weise auf die Reform des französischen Vertragsrechts 2016 gewonnen, so dass sich heute für beide Länder zugespitzt von einem „europäisch-deutschen" und einem „europäisch-französischen" Vertragsrecht sprechen lässt.[68] Eine Reihe von Mitgliedstaaten haben zudem beispielsweise ihre nationalen Kartellrechte ohne euro-

63 Ehlers, Verhältnis des Unionsrechts zu dem Recht der Mitgliedstaaten, in: Schulze/Janssen/Kadelbach, Europarecht, Rn. 5; Heiderhoff, Europäisches Privatrecht, Rn. 112; Reich, Understanding EU Law, 2. Aufl. 2005, S. 49 f.; Schulte-Nölke/Schulze, Europäische Rechtsangleichung und nationale Privatrechte, 1999.

64 Basedow, Der Europäische Gerichtshof und das Privatrecht, AcP 210 (2010), S. 157; Borchardt, Auslegung, Rechtsfortbildung und Rechtsschöpfung, in: Schulze/Janssen/Kadelbach, Europarecht, Rn. 19–22; Stuyck, The ECJ as a motor of private law, in: Twigg-Flesner, European Union Private Law, S. 101, 110–114.

65 Rodriguez Iglesias, Gedanken zum Entstehen einer Europäischen Rechtsordnung, NJW 1999, S. 1.

66 Siehe Rn. 32 ff.

67 So hatten beispielsweise einige Mitgliedstaaten (darunter Deutschland) die Bestimmungen der früheren Haustürgeschäfte-RL (Richtlinie 85/577/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 betreffend den Verbraucherschutz im Falle von außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen) ausgedehnt auf den Abschluss von Verträgen auf Straßen, Plätzen und in öffentlichen Verkehrsmitteln (in Deutschland § 312 b BGB), obwohl die Richtlinie dies nicht vorgesehen hatte und erst die 2011 an ihre Stelle getretene Verbraucherrechte-RL dies vorgeschrieben hat; siehe Erwägungsgrund 22 Verbraucherrechte-RL).

68 Schulze, Les divergences franco-allemandes dans la théorie du contrat, RDC 2013/4, 1720, 1741; ders., Vertragsverhandlungen – eine kurze Einführung, in Bien/Borghetthi (Hrsg.), Die Reform des französischen Vertragsrechts, 2018, 3, 9.

parechtliche Verpflichtung nach dem Muster des europäischen Kartellrechts reformiert, weil sie es in wirtschaftlicher Hinsicht für zweckmäßig hielten.[69] Das EU-Recht ist insofern zu einer wichtigen Inspirationsquelle für die nationalen Gesetzgebungen geworden und kann auch ohne Pflicht zur Umsetzung von Richtlinien zur Annäherung der Privatrechte beitragen.[70]

III. Vertragsrechtlicher Acquis communautaire

1. Regelungsformen

28 Innerhalb des Europäischen Privatrechts hat sich entsprechend der zentralen Bedeutung des Vertragsrechts für den Binnenmarkt gerade auf diesem Gebiet ein umfangreicher vertragsrechtlicher *Acquis communautaire* im Primär- und im Sekundärrecht herausgebildet. Er umfasst im Sekundärrecht vor allem zahlreiche Richtlinien, die die EU bzw. zuvor die Europäischen Gemeinschaften zur Rechtsangleichung im Rahmen unterschiedlicher „Politiken" erlassen haben. Dagegen haben Verordnungen als Instrument der Rechtsvereinheitlichung im Vertragsrecht der EU zwar bislang eine geringere Rolle gespielt. Für das Internationale Privat- und Verfahrensrecht sind sie aber die bevorzugte Regelungsform. Insbesondere die Rom I-VO[71] hat zentrale Bedeutung für das Kollisionsrecht in Hinblick auf Schuldverträge. Auch für das materielle Sachrecht gewinnen Verordnungen in neuerer Zeit an Relevanz zumindest in einer Reihe von Einzelbereichen des Vertragsrechts (beispielsweise die Verordnungen über Passagierrechte im Flug- und Bahnverkehr[72], die wettbewerbsrechtlichen Freistellungsverordnungen[73] in Hinblick auf Distributionsverträge und nunmehr auch die Portabilität-VO, die Geoblocking-VO und die Plattform-VO in Hinblick auf Rechtsfragen der Digitalisierung).

2. Primärrecht

29 Das Primärrecht bildet nicht nur wegen seiner Vorschriften über die Kompetenzen der EU (insbesondere Art. 114 Abs. 1 AEUV als allgemeine Kompetenznorm für Maßnahmen zur Rechtsangleichung, die der Entwicklung des Binnenmarktes dienen) die Grundlagen für das Vertragsrecht der EU. Es enthält vielmehr darüber hinaus auch

69 ZB für die Niederlande Wesseling, The Netherlands, in: Cahill, The Modernisation of EU Competition Law Enforcement, 2004, S. 408; Zippro, Privaatrechtelijke handhaving van mededingingsrecht, 2009, S. 15 f.

70 Kötz, Europäisches Vertragsrecht, 2. Aufl. 2015, S. 11 ff.; Schulze, The New Shape of European Contract Law, EuCML 2015, 139–144, 141.

71 VO (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I), ABl. 2008 L 177/6; vgl. Ferrari/Leible, Rome I Regulation, 2009; Staudinger, Sekundärrecht als Quelle des Internationalen Privatrechts, in: Schulze/Janssen/Kadelbach, Europarecht, Rn. 6–35.

72 VO (EG) Nr. 261/2004, des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Februar 2004 über eine gemeinsame Regelung für Ausgleichs- und Unterstützungsleistungen für Fluggäste im Fall der Nichtbeförderung und bei Annullierung oder großer Verspätung von Flügen und zur Aufhebung der VO (EWG) Nr. 295/91; VO (EG) Nr. 1371/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23.10.2007 über Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr, ABl. 2007 L 315/14.

73 ZB VO (EU) Nr. 316/2014 der Kommission vom 21. März 2014 (Technologietransfer); VO (EU) Nr. 1218/2010 der Kommission vom 14. Dezember 2010 (Spezialisierungsvereinbarungen); VO (EU) Nr. 1217/2010 der Kommission vom 14. Dezember 2010 (Forschungs- und Entwicklungsvereinbarungen); VO (EU) Nr. 461/2010 vom 27. Mai 2010 (Kraftfahrzeug-Branche) und Bekanntmachung mit Erläuterung im ABl. der EU; VO (EU) Nr. 330/2010 vom 20. April 2010 (vertikale Vereinbarungen); dazu Immenga/Mestmäcker/Ellger, EU-Wettbewerbsrecht, 5. Aufl. 2012, Art. 2 Rn. 3; Mäger, Kartellrecht, in: Schulze/Janssen/Kadelbach, Europarecht, Rn. 120–165.

Vorschriften, die unmittelbar die Wirksamkeit von Verträgen betreffen und dadurch das Verhältnis der Vertragsparteien gestalten (insbesondere Art. 101 Abs. 2 AEUV im Rahmen des Wettbewerbsrechts). Vor allem aber ist im Primärrecht eine Reihe von zentralen Prinzipien des Vertragsrechts verankert, die auch bei der Auslegung und Systematisierung des Sekundärrechts zu berücksichtigen sind und im jeweiligen Sachzusammenhang in den folgenden Kapiteln behandelt werden.

30 Zu diesen Prinzipien mit primärrechtlicher Grundlage gehört insbesondere die Vertragsfreiheit. Dieses Prinzip ist von zentraler Bedeutung für das Europäische Privatrecht insgesamt.[74] Es beruht auf den Verkehrsfreiheiten der Art. 28 ff. AEUV – also der Warenverkehrsfreiheit (Art. 28 ff., 34 ff. AEUV), der Dienstleistungsfreiheit (Art. 56 ff. AEUV), der Niederlassungsfreiheit (Art. 49 ff. AEUV), der Personenfreizügigkeit (Art. 45 Abs. 3, 52 Abs. 1 AEUV) und der Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit (Art. 63 ff. AEUV) – und ist untrennbar mit dem „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb" (vgl. Art. 119 Abs. 1 AEUV) verbunden. Auch die Rechtsprechung der Europäischen Gerichte hat dieses Prinzip anerkannt.[75] In der Lehre wird es als eine notwendige Voraussetzung zur Verwirklichung der Verkehrsfreiheiten angesehen und zudem auf weitere primärrechtliche Bestimmungen gestützt (insbesondere auf Art. 2 und 3 Abs. 2 EUV sowie Art. 6 ff. GR-Charta).[76]

31 Unter den weiteren Prinzipien mit großer Bedeutung für das Vertragsrecht hat auch der Schutz vor Diskriminierungen hinsichtlich des Abschlusses und des Inhalts von Verträgen seine Grundlage im Primärrecht der EU. Zwar bedarf der Grundsatz der Nichtdiskriminierung nach der (recht komplizierten und umstrittenen) Rechtsprechung des EuGH[77] gegenüber entgegenstehendem mitgliedstaatlichen Recht der Konkretisierung durch eine Richtlinie.[78] Seine Grundlage bilden aber mehrere Vorschriften des Primärrechts, insbesondere Art. 19 AEUV und für die Entgeltgleichheit Art. 157 AEUV, sowie die Wertungen des Art. 10 AEUV und der Art. 21 und 23 GR-Charta. Sofern man den Verbraucherschutz als ein Prinzip des EU-Rechts anerkennt,[79] beruht dieses Prinzip ebenfalls auf dem Primärrecht (Art. 12, 169 AEUV und Art. 38 GR-Charta). Die Europäische Grundrechtecharta, die mit dem Lissaboner Vertragswerk verbindlich geworden ist, dürfte künftig auch über die soeben genannten Beispiele hinaus noch wachsende Bedeutung erlangen, um die vertragsrechtsrelevanten Prinzipien und Leitgedanken des EU-Rechts zu bestimmen. Dies betrifft vor allem den grundrechtlichen Schutz der Würde des Menschen (Art. 1 GR-Charta), den Schutz personenbezogener Daten (Art. 8 GR-Charta), die Berufsfreiheit (Art. 15 GR-Charta), die unter-

74 Näher dazu § 2 Rn. 112 ff.; Heiderhoff, Europäisches Privatrecht, Rn. 237.

75 Urteil des EuGH v. 17.6.1992, Rs C-26/91 (Handte/TMCS) ECLI:EU:C:1992:268, Rn. 15; Urteil des EuGH v. 27.10.1998, Rs C-51/97 (Réunion européenne ua) ECLI:EU:C:1998:509, Rn. 17; siehe auch Schlussanträge des GA Geelhoed 31.1.2002, Rs C-334/00 (Tacconi) ECLI:EU:C:2002:68, Rn. 55; Urteil des EuGH v. 20.5.2010, Rs C-434/08 (Harms) ECLI:EU:C:2010:285; Urteil des EuGH v. 22.1.2013, Rs C-283/11 (Sky Österreich) ECLI:EU:C:2013:28, Rn. 42.

76 Acquis Group/Schulze, Contract II, S. 182 Rn. 3; Lorenz, Der Schutz vor dem unerwünschten Vertrag, 1997, S. 22; Müller-Graff, Gemeinsames Privatrecht in der Europäischen Gemeinschaft – Ansatzpunkte, Ausgangsfragen, Ausfaltungen, in: Müller-Graff, Gemeinsames Privatrecht in der Europäischen Gemeinschaft, 2. Aufl. 1999, S. 7, 9, 28–34; Reich, Zur Theorie des Europäischen Verbraucherrechts, ZEuP 1994, S. 381–400.

77 Urteil des EuGH v. 22.11.2005, Rs C-144/04 (Mangold) ECLI:EU:C:2005:709; Urteil des EuGH v. 23.9.2008, Rs C-427/06 (Bartsch) ECLI:EU:C:2008:517; Urteil des EuGH v. 19.1.2010, Rs C-555/07 (Kücükdeveci) ECLI:EU:C:2010:21; Urteil des EuGH v. 10.5.2011, Rs C-147/08 (Römer) ECLI:EU:C:2011:286.

78 § 2 Rn. 148 ff.

79 So Urteil des EuGH v. 10.3.2005, Rs C-336/03 (easyCar) ECLI:EU:C:2005:150, Rn. 21; aA Heiderhoff, Europäisches Privatrecht, Rn. 272.

nehmerische Freiheit (Art. 16 GR-Charta) und das Eigentumsrecht (Art. 17 GR-Charta), aber auch die Freiheitsrechte der Art. 10 ff. GR-Charta.

3. Richtlinien

a) Entwicklung

32 Das Sekundärrecht hat sich auf vertragsrechtlichem Gebiet vornehmlich durch Richtlinien entwickelt, die der Verwirklichung unterschiedlicher „Politiken" im Rahmen des EU-Vertrages dienen. Einen wichtigen Platz nimmt dabei der Verbraucherschutz ein, dem sich die europäische Gesetzgebung seit den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts zugewandt hatte.[80] Schon bald erstreckte sich die Gesetzgebung in diesem Bereich auf Gegenstände, die zu den Kernmaterien des Vertragsrechts gehören (wie die Inhaltskontrolle von Verträgen bei missbräuchlichen Klauseln[81] und das Gewährleistungsrecht bei Kaufverträgen[82]; allerdings jeweils mit einem auf Verbraucherverträge begrenzten Anwendungsbereich). Für eine Reihe von Mitgliedstaaten brachten diese Richtlinien tiefgreifende Neuerungen wie etwa die weitreichenden Informationspflichten, die Rechte zum Widerruf von Verträgen, die Inhaltskontrolle standardisierter Verträge oder den Vorrang der Nacherfüllung vor anderen Rechtsbehelfen im (Verbraucher-)Kaufrecht. Ebenfalls zum Teil mit bemerkenswerten innovativen Zügen[83] erfasst die Richtlinien-Gesetzgebung auf vertragsrechtlichem Feld aber neben dem Verbraucherschutz auch zahlreiche weitere Politikbereiche der EU, die jeweils regelmäßig mit dem übergreifenden Ziel der Binnenmarktförderung verbunden sind. Dazu gehören insbesondere der Schutz und die Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen, die Förderung der Dienste der Informationsgesellschaft und insbesondere des elektronischen Geschäftsverkehrs sowie der Nutzung von Online-Vermittlungsdiensten (Internet-Plattformen), die Gewährleistung eines funktionierenden Binnenmarktes für Zahlungsdienste und der Diskriminierungsschutz[84].

b) Fragmentarischer Charakter

33 Der vertragsrechtliche *Acquis communautaire* beruht damit weithin auf einer Gesetzgebung, die im Verlaufe mehrerer Jahrzehnte im Rahmen verschiedener Sachbereiche und mit unterschiedlichen Zielen entstanden ist. Sie hat häufig auf aktuelle Herausforderungen für den Binnenmarkt im jeweiligen Politikbereich reagiert und wurde von wechselnden politischen Prioritäten geleitet, ohne dass ihr ein Gesamtplan zugrunde

80 Grundlegend dafür die Entschließung des Rates vom 14. April 1975 betreffend ein Erstes Programm der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft für eine Politik zum Schutz und zur Unterrichtung der Verbraucher, ABl. 1975 C 92/1; zu den ersten gesetzgeberischen Maßnahmen auf vertragsrechtlichem Gebiet gehörten der Erlass der Richtlinie 85/577/EWG des Rates vom 20. Dezember 1985 betreffend den Verbraucherschutz im Falle von außerhalb von Geschäftsräumen geschlossenen Verträgen – mittlerweile durch die Verbraucherrechte-RL (RL 2011/83/EU v. 25.10.2011) abgelöst, sowie die Richtlinie 90/314/EWG des Rates vom 13. Juni 1990 über Pauschalreisen (mittlerweile aufgehoben durch die RL 2015/2302 v. 25.11.2015).

81 Richtlinie 93/13/EWG des Rates vom 5. April 1993 über mißbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen (Klausel-RL).

82 Zunächst Richtlinie 1999/44/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Mai 1999 zu bestimmten Aspekten des Verbrauchsgüterkaufs und der Garantien für Verbrauchsgüter (Verbrauchsgüterkauf-RL); abgelöst durch die Richtlinie (EU) 2019/771 vom 20.5.2019 über bestimmte vertragsrechtliche Aspekte des Warenkaufs, ABl. 2019, L 136/28.

83 Schulze, Contours of European Private Law, in: Schulze/Schulte-Nölke, European Private Law, S. 3–26; Schulze, The CESL's. Innovative Features – A Brief Overview, Contratto e impresa/Europa 2013, S. 485–511.

84 Näher dazu sogleich Rn. 38 ff.